

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Robert Birley

Das britisch-deutsche Verhältnis

(siehe Seite 569)

LORD HERBERT GLADWYN

Großbritannien und Europa

Ein revolutionärer Entschluß

Am 31. Juli 1961 gab der britische Premierminister bekannt, daß die Regierung Ihrer Majestät beschlossen habe, die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu beantragen. England ist bereits Mitglied einer Reihe regionaler Allianzen ökonomischer und politisch-strategischer Art, sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas — OEEC, Europarat, Westeuropäische Union, NATO, CENTO etc. — und natürlich auch der Vereinten Nationen. Doch keine dieser Allianzen, nicht einmal die NATO und die WEU, bedeutet irgendeine weitgehende oder revolutionäre Änderung der traditionellen britischen Politik, wie die Zugehörigkeit zur EWG sie erfordern wird. Tatsächlich hat sich das Vereinigte Königreich damit zum erstenmal prinzipiell bereit erklärt, einer internationalen Organisation beizutreten, in welcher eine Reihe offizieller Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß zustande kommen werden. Zum erstenmal hat Großbritannien den Wunsch geäußert, integrierender Bestandteil einer europäischen Gemeinschaft zu werden. Dies ist das Ende einer Ära. In gewisser Weise war dieser Entschluß bedeutender als die Kriegserklärung des Jahres 1939,

die kein Abgehen von der traditionellen Politik bedeutete; sie war eine zwangsläufige strategische Maßnahme der Verteidigung. Der Entschluß dagegen, die Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu beantragen — wenn auch leider einige Leute in England darin vorwiegend eine defensive Maßnahme erblickten —, kann in mehr als einer Weise als die konstruktivste und positivste Entscheidung angesehen werden, die eine britische Regierung auf außenpolitischem Gebiet seit mehreren Jahrhunderten angebahnt hat. Dieser Entschluß ist an sich natürlich gleichbedeutend mit den 1952 und 1957 von den Regierungen der gegenwärtigen Mitgliedstaaten der EWG gefaßten Entschlüssen, die zur Entstehung der drei europäischen Gemeinschaften führten; tatsächlich aber ist er noch entscheidender als jene Entschlüsse. Denn wenn der britische Antrag angenommen wird, so wird dadurch endgültig der Weg frei zur Entstehung eines völlig neuen Europas, das nach modernen, den Tendenzen des 20. Jahrhunderts entsprechenden Prinzipien aufgebaut ist und einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Welt zu leisten vermag, in unserer Zeit und in kommenden Jahrhunderten.

England — wie Sir Derek Walker-Smith sagte, als er sich bei der Unterhausdebatte vom 2. August 1961 gegen den Beitritt zum Gemeinsamen Markt aussprach — eine „besondere und separate Stellung“ besessen. Das ist an sich völlig richtig, läßt sich aber nur halten, wenn Großbritannien sich weiterhin als völlig separaten »Nationalstaat« betrachtet. In Wirklichkeit sind jedoch Rußland und Amerika die beiden einzigen Staaten, die in diese Kategorie gehören; und selbst das ist fraglich. Auch Sir Derek hofft, daran zweifle ich nicht, daß es den kleinen Staaten — und ich schließe England hier ein — möglich sein wird, diese beiden Riesen zu beeinflussen. Wie aber kann man erwarten, Länder von dem gegenwärtigen Umfang und der Stärke Großbritanniens und der anderen westeuropäischen Staaten könnten irgendeinen Einfluß auf die Riesen haben, wenn sie nicht bereit sind, anzuerkennen, daß sie nicht mehr selbständig und unabhängig sind — und es schon seit Jahren nicht mehr waren —, sondern für ihre nackte Existenz und ihre Sicherheit auf kollektive Aktion angewiesen sind?

Englands „besondere und separate Stellung“, auf die sich Sir Derek bei seiner Ablehnung berief, war vielleicht für das vergangene Jahrhundert von Belang, und zu einem geringeren Grade auch noch für den Anfang unseres Jahrhunderts, denn damals war das Vereinigte Königreich in der Tat die führende Macht innerhalb eines weit ausgedehnten politischen Verbandes, der von einem Zentrum aus regiert wurde. Das ist nicht mehr der Fall. Wenn man nun die Ursachen der beträchtlichen Opposition gegen Englands Beitritt zum Gemeinsamen Markt richtig einschätzen will, so muß man versuchen, den britischen „Separatismus“ zu analysieren, um zu sehen, wie tief er eigentlich sitzt. Emotionale Regungen spielen dabei zwar auch eine Rolle, aber keineswegs eine entscheidende; die Gründe liegen tiefer.

Die Epoche der „splendid isolation“ ist vorüber

Um zu verstehen, warum das so ist, müssen wir versuchen, die Aktion Großbritanniens in dem Zusammenhang zu sehen, in den sie gehört. Der europäische „Nationalstaat“ ist vorwiegend eine Konzeption des 19. Jahrhunderts. Er entstand zwar sehr viel früher, entwickelte sich aber erst im 19. Jahrhundert zu seiner vollen Höhe, wie

die damaligen Kämpfe der Weltmächte sehr deutlich zeigen. Schon mit dem Ende des ersten Weltkriegs war die Idee des Nationalstaats weitgehend bedeutungslos geworden; leider aber waren in England und auch anderswo nur wenige hellsehend genug, dies zu erkennen. Erst der zweite Weltkrieg ließ die neue Situation klar zutage treten. Daß es in England länger dauerte, bis sich diese Erkenntnis durchsetzte, als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, ist nicht überraschend. Durch die Jahrhunderte hat

Die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge werden mit freundlicher Genehmigung des Hoffmann und Campe Verlages, Hamburg aus dem Buch „England deutet sich selbst“ abgedruckt.

Die Beziehungen zwischen Großbritannien und dem europäischen Kontinent im Mittelalter

Die Beziehungen, die seit dem Beginn der geschichtlichen Zeit zwischen Großbritannien und Kontinental-Europa bestanden haben, waren für gewöhnlich eng – während einiger Perioden enger, während anderer lockerer. Man kann natürlich weit über die Zeit des Römischen Reiches hinaus zurückgehen bis zu den Kelten oder gar den Iberern, also zu den ersten bekannten Bewohnern des heutigen Englands, die beide vom Kontinent kamen. Doch die ersten, die zwischen dem Kontinent und dem Gebiet, das man damals als eine dem Nordosten des europäischen Festlands vorgelagerte Inselgruppe ansah, eine wirkliche Verbindung herstellten, waren die Römer. Die Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Sprache, unserer Kultur, unseres Rechts und unserer Religion waren vielleicht nicht ganz so intensiv wie in den kontinentalen Territorien im Süden Europas, wo die Herrschaft Roms sehr viel länger bestanden hat, aber sie waren auf jeden Fall sehr erheblich. Selbst nach dem Abzug der Römer zu Beginn des 5. Jahrhunderts dauerte ihr Einfluß viele Jahrhunderte an; tatsächlich behielten die lateinische Sprache und die römische Form des Christentums bei uns für mehr als ein Jahrtausend durchgehend Gültigkeit.

Im Verlauf dieses ersten nachchristlichen Jahrtausends fielen immer wieder verschiedene nordische Stämme in England ein und hinterließen ihre Spuren auf allen Gebieten unseres Lebens. Die Sachsen kamen erstmals im Jahre 495 und überrannten fast ganz England. Dann begann 797 die zweite nordische Invasion mit den ersten Einfällen der Dänen, die in der Folge die Sachsen mehr und mehr aus der Macht verdrängten, was ihnen allerdings erst im 10. Jahrhundert überall gelang, und die dann die herrschende Oberschicht blieben, bis im Jahre 1066 die Normannen kamen.

1066 dürfte wohl die bekannteste Jahreszahl der britischen Geschichte sein; tatsächlich aber war der Einfluß der normannischen Eroberer sehr viel geringer als der Einfluß der Sachsen

und Dänen, die sich mit den von ihnen unterworfenen Völkern so innig vermischten, daß sich die rassistische Grundsubstanz unseres Landes seither kaum verändert hat. Die aus Frankreich kommenden Normannen waren in sehr viel stärkerem Maße latinisiert als die Bewohner des Landes, das sie eroberten, obwohl bereits vom Jahre 597 an – mit der Ankunft des Benediktinerabtes Augustinus und der Erneuerung des Christentums – eine zweite Welle der Latinisierung eingesetzt hatte; so trugen die normannischen Eroberer außerordentlich dazu bei, den Einfluß Roms in diesem Land zu stärken. Bis zur Reformation im 16. Jahrhundert blieb die römische Kirche Staatsreligion, und bis zu dieser Zeit war das Lateinische nicht nur die Sprache der Kirche, sondern auch die der Wissenschaft und des Rechts. Der gemeinsame Glaube verband England eng mit dem Kontinent, und bei den Kreuzzügen kämpften Streiter von der Insel und vom Kontinent Seite an Seite.

Im Mittelalter bildete der Kanal weniger als zu irgendeiner anderen Zeit unserer Geschichte eine trennende Grenze. Die englischen Könige aus dem Hause Plantagenet herrschten mehrere Jahrhunderte hindurch auch über ausgedehnte Gebiete in Frankreich. Heiraten zwischen englischen und kontinentalen Königshäusern und adligen Geschlechtern waren fast die Regel, und Scholaren aus allen Teilen des südlichen und westlichen Europas, deren gemeinsame Sprache das Lateinische war, bewegten sich frei diesseits wie jenseits des Kanals. Die letzte Spur der Herrschaft Englands auf dem Kontinent verschwand erst vor vierhundert Jahren, als Calais während der Regierungszeit der Maria Tudor 1558 an Frankreich verlorenging. Und obwohl England niemals zum Heiligen Römischen Reich gehörte, war die Lehre der römischen Kirche bis zum Jahre 1534 die offizielle Religion. Auch nach diesem Datum spielte sie im Leben des Landes weiterhin eine bedeutende Rolle, und die Variante des christlichen Glaubens, die an ihre Stelle trat, war natürlich keineswegs ein rein englisches Phänomen.

Bruch mit Rom leitet die Trennung ein

Dennoch beginnt von diesem Zeitpunkt an Englands „besondere und separate Stellung“ sichtbar zu werden. Wenn auch der Bruch mit Rom im Zuge jener Bewegung erfolgte, die zur Entstehung des heutigen Protestantismus in Deutschland und Holland führte, so war doch die Kirche, die Heinrich VIII. in England zur Staatskirche erhob, völlig autonom und von den protestantischen Kirchen, die auf dem Kontinent entstanden, unabhängig. Dadurch wurde die Religion, die so lange ein Bindeglied zwischen England und Kontinental-Europa gewesen war, jetzt eher zu einer trennenden Instanz. Menschen, die bei uns wegen ihres römisch-katho-

lischen Glaubens verfolgt wurden, flüchteten nach Frankreich und in südlicher gelegene Länder des Kontinents; umgekehrt flüchteten Protestanten, die auf dem Kontinent bedrängt wurden, häufig nach England. Unter den Tudors waren England und die kontinentalen Länder oft erbitterte Feinde – was sie natürlich auch schon vorher verschiedentlich gewesen waren; doch früher hatte zwischen ihnen eine starke religiöse und kulturelle Solidarität bestanden, die jetzt brüchig wurde. Auf religiösem Gebiet war sie praktisch verschwunden, und auf allgemein kulturellem und künstlerischem Gebiet besann England sich wieder stärker auf seine

Eigenart – wie übrigens die kontinentalen Länder auch. Der einigende Einfluß der lateinischen Sprache und des römischen Erbes war fast völlig verschwunden. Gewiß hatte es zwischen den europäischen Ländern – zu denen ich hier auch England zähle – während des ganzen Mittelalters heftige Kämpfe gegeben; jetzt aber begann der Bereich der Auseinandersetzungen sich immer mehr auszudehnen, um schließlich auch die Ozeane und die neuentdeckten Welten zu umfassen.

Doch unter den Tudors bestanden immer noch enge Verbindungen, zumal zwischen den Franzosen und den Schotten. Als Elisabeth I. starb, im Jahre 1603, wurden die Throne Schottlands und Englands unter Jakob VI. von Schottland, dem späteren Jakob I. von Großbritannien, vereinigt. Im Verlauf der etwas über achtzig Jahre, in denen die Könige aus dem Hause Stuart herrschten, erfuhr das Wesen der königlichen Herrschaft an sich selbst eine Veränderung: Großbritannien wurde eine konstitutionelle Monarchie. Zwischen dem Souverän und dem Parlament entbrannte ein langer Kampf um die Macht, den schließlich das Parlament gewann, und die Entwicklung dieses konstitutionellen Systems in einem so frühen Stadium der modernen europäischen Geschichte ist etwas, worauf die Engländer – und ich finde, durchaus mit Recht – stolz sind. Gleichzeitig änderte sich auch Englands Konzeption von der Rolle, die es in Europa zu spielen hatte, von Grund auf. Bei allen früheren Kriegen, die England auf dem Kontinent geführt hat, war es um territorialen Gewinn gegangen. Jetzt aber richtete England seine territorialen Ansprüche auf andere Gebiete – wie das auch einige der kontinentalen Länder taten, teils mehr und teils weniger intensiv – und betrachtete es in bezug auf Europa als seine wichtigste Aufgabe, zu verhüten, daß irgendein Land des Kontinents allzu mächtig wurde.

Seitdem hat England zu verschiedenen Zeiten enge und freundschaftliche Beziehungen zu verschiedenen kontinentalen Ländern unterhalten – doch immer nur aus rein strategischen Erwägungen. Gewiß, wir haben auch später noch zweimal regierende Fürsten des Kontinents auf den englischen Thron erhoben – 1689 Wilhelm von Oranien und 1714 Georg von Hannover –; doch der Kanal begann bereits eine stärker trennende Grenze zu werden, als er es jemals zuvor gewesen war.

Diese Grenze war politischer und strategischer Art. Für Ideen oder für Kunst hat dieser Wasserstreifen von 22 Meilen Breite niemals eine wirkliche Schranke bedeutet. Literarische und künstlerische Bewegungen diesseits und jenseits des Kanals waren in den kommenden Jahrhunderten zwar nicht identisch – in den verschiedenen Teilen des europäischen Kontinents waren sie es natürlich genausowenig –, aber der wechselseitig befruchtende Austausch zwischen Philosophen, Schriftstellern und Künstlern aller europäischen Länder hat sich durch die Jahrhunderte fort-

gesetzt bis zum heutigen Tage. Einstmals, unter dem Einfluß der lateinischen Sprache und der römischen Kirche, war fast das gesamte westliche Europa eine kulturelle Einheit gewesen. Diese Einheit war gegen Ende des Mittelalters ausein-

andergebrochen, doch der kulturelle Austausch zwischen den einzelnen Ländern hörte niemals ganz auf, wenn natürlich auch unterschiedliche Ideen und Bewegungen zu verschiedenen Zeiten das Feld beherrschten.

Das 19. Jahrhundert führte das Zeitalter der Kolonisation zum Kulminationspunkt. England erlebte unter der Herrschaft der Königin Viktoria seine höchste imperiale Blütezeit. Die meisten westeuropäischen Länder nahmen an dieser Expansion teil, und man sollte daher annehmen, daß der Konkurrenzneid zu einer Abkapslung dieser Staaten voneinander hätte führen müssen. Doch ungeachtet ihrer Kolonial-Rivalität war es den kontinentalen Ländern auf Grund ihrer geographischen Lage nicht möglich, sich völlig zu isolieren. Bei den Engländern, die in ihrer Wasserburg saßen, hinter einem Graben von zweiundzwanzig Meilen Breite, lagen die Dinge anders. Englands Grenzen sind ein für allemal durch die Geographie festgelegt. Auf dem Kontinent aber haben sich die Grenzen immer und immer wieder verändert, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges — und einige dieser Grenzen sind sogar heute noch umstritten. Während also die kontinentale Lage eine völlige Unabhängigkeit unmöglich machte, begünstigte die insulare Lage das Gegenteil und lenkte die Aufmerksamkeit Englands immer stärker in die Richtung überseeischer Expansion.

Spuren der imperialen Ära haben sich bis heute erhalten. Im großen und ganzen aber hat sich der Abbau der Kolonialisierung in den letzten fünfzehn Jahren mit erstaunlicher Schnelligkeit vollzogen. Dieser Prozeß war keineswegs schmerzlos oder einfach, und die Politik fast aller beteiligten Kolonialmächte war zuweilen alles andere als lobenswert; im ganzen aber erscheint es mir doch recht bemerkenswert, daß die meisten der neuen unabhängigen Länder zu ihren ehemaligen Herren noch immer in einem nahen und freundschaftlichen Verhältnis stehen. Das ist zweifellos ein großes Kompliment für die alten und vielleicht in noch stärkerem Maße für die jungen Länder. Die beiden auffälligsten Beispiele hierfür sind die französische Communauté und das britische Commonwealth. Dieses, das Commonwealth, wird in bestimmten Kreisen als der entscheidende Grund gegen unseren Beitritt zum Gemeinsamen Markt angeführt. Dieser Einwand erscheint mir ganz besonders kurzsichtig, und ich werde noch darauf zurückkommen.

Der Kanal erschien breiter als der Nordatlantik

Wenn man an die Fülle des gemeinsamen Erbes denkt, das England mit seinen kontinentalen Nachbarn teilt, ist es eigentlich erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit die Engländer auf ihre „besondere und separate Stellung“ in Europa pochen. Mir scheint, dies beruht im wesentlichen auf drei Phänomenen.

Das erste ist der Kanal. Er ist heute nur noch eine psychologische Schranke, doch noch vor weniger als hundert Jahren war er eine echte strategische Grenze. Für Ideen war er, wie gesagt, niemals ein Hindernis, aber er erwies sich seit dem Jahre 1066 als ein außerordentlich wirkungsvoller Schutz gegen feindliche Armeen. Heute wäre es natürlich lächerlich, dem Kanal eine solche Bedeutung beizumessen; doch die Menschen unseres Landes sind in ihrem Wesen und Denken durch das Vorhandensein dieses schmalen Wasserstreifens entscheidend bestimmt worden, und vielen erschien der Kanal sogar noch breiter als der Nordatlantik, der durch eine gemeinsame Sprache überbrückt wird. Die Sprache allein erscheint mir allerdings als trennende Grenze zwischen unserem Land und dem

kontinentalen Europa nicht entscheidend, da die gleiche Grenze ja auch zwischen den einzelnen Ländern des Kontinents besteht. Aber es ist nun einmal so, daß für den Engländer die andere Sprache das Gefühl unterstreicht, vom Kontinent abgesondert zu sein, wohl in erster Linie, weil die gleiche Sprache eine augenfällige Verbindung zu verschiedenen außereuropäischen Ländern darstellt, vor allem zu den Vereinigten Staaten.

Während das erste der Phänomene, welche die Engländer veranlaßten, sich nicht als wirkliche und richtige Europäer zu betrachten, vorwiegend geographischer, zum Teil aber auch sprachlicher Art ist, sind die beiden anderen rein historischer Natur. Es sind zwei politische Konzeptionen, die sich in den ersten Jahrhunderten nach der Reformation entwickelten: Die Verlagerung der territorialen Ambitionen Großbritanniens, die sich nun nicht mehr auf Europa, sondern auf die neuentdeckten Länder der Welt richteten; und die „Balance-of-Power-Politik“, die England den kontinental-europäischen Ländern gegenüber vom 16. Jahrhundert an verfolgte.

Ausbreitung nach Übersee

Tatsächlich lassen sich die Anfänge der imperialen Ära Großbritanniens bis zum Ende des 16. Jahrhunderts zurückverfolgen — ebenso verhält es sich bei allen anderen ehemaligen europäischen Weltmächten. Diese ganze Entwicklung begann mit den Entdeckungsfahrten, auch wenn sie ursprünglich nicht territorialen Gewinn zum Ziele hatten. Die ersten wirklichen Kolonisatoren waren die Spanier und die Portugiesen. Die *conquistadores* saßen längst in Süd- und Zentralamerika, ehe die ersten britischen Kolonisten zu neuen Ufern aufbrachen. Diese ersten waren keineswegs „Imperialisten“, wie es die *conquistadores* zweifellos waren. Es waren Siedler, die aus England, wo sie verfolgt wurden, flohen und sich an der Küste von Nordamerika niederließen. Es ist interessant, die Spanier, die Engländer und die Franzosen auf diesem Gebiet miteinander zu vergleichen. Die Spanier betrachteten sich voller Stolz als Eroberer; die Franzosen definierten ihre imperiale Expansion als *la mission civilisatrice*; und beide betrachteten die britischen Ambitionen als eindeutig und penetrant kommerziell. Dies war weitgehend der Fall, traf allerdings nicht für Nordamerika und ebenso wenig für Australien und Neuseeland zu, wo die englischen Siedler als Emigranten erschienen, die aus allen möglichen Gründen ihre Heimat verlassen hatten, um anderswo in der Welt eine neue Heimat zu finden, und die sehr bald anfangen, sich nicht mehr ausschließlich und in

erster Linie als Engländer zu fühlen. Doch in bezug auf Afrika und Asien ist diese Feststellung sicherlich zutreffend, und es ist bezeichnend, daß weite Teile der Kontinente, die unter britische Herrschaft kamen, viele Jahre lang im Namen und Auftrag der Krone von Handelsgesellschaften verwaltet wurden, deren Niederlassungen sich in den betreffenden Gebieten befanden (*British South Africa Company, Royal Niger Company, East India Company*).

Politik des Gleichgewichts der Kräfte in Europa

Gleichzeitig mit seiner Kolonialpolitik entwickelte Großbritannien im 16. Jahrhundert eine neue Politik gegenüber den Ländern des europäischen Kontinents. Sie ist im allgemeinen bekannt als die *Balance-of-Power-Politik*. Sie bestand darin, daß Großbritannien kein dauerndes Bündnis mit irgendeiner kontinentalen Macht einging, sondern sich in dem beständigen Kampf der europäischen Fürsten und Mächte jeweils auf die Seite des Schwächeren stellte. Die ersten Anzeichen dieser neuen politischen Taktik lassen sich in der Zeit Heinrichs VIII. und seines Ministers, Kardinal Wolsey, feststellen. Bindungen territorialer Art, die den Kanal überbrückten, bestanden nur noch in geringem Umfang; auch das Band der Religion war im Begriff zu reißen.

Frankreich und Spanien wurden immer mächtiger, und es war für England vorteilhaft, die beiden mächtigen Nachbarn gegeneinander auszuspielen. Jahrhunderte hindurch gelang es Großbritannien auf diese Weise, die Macht der spanischen Könige, des bourbonischen und des napoleonischen Frankreich, der Habsburger und schließlich der Deutschen unter Wilhelm II. und Hitler zu bändigen. England allein wäre hierzu nie und nimmer in der Lage gewesen, aber durch seine Politik des Gleichgewichts der Kräfte vermochte es die Stabilität in Europa, die es zugunsten der ungestörten Entwicklung der eigenen kommerziellen und kolonialen Expansion anstrebte, immerhin in einem gewissen Umfang zu sichern.

Die Politik, sich in Europa nicht zu engagieren, außer zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte, hat ihrerseits dazu beigetragen, die schon bestehende Überzeugung vieler Engländer, daß zwischen ihrem Land und dem Kontinent doch ein gewisser Unterschied bestehe, weiter zu vertiefen. Heute sind nur noch wenige dieser Ansicht – sehr viel weniger als je zuvor. Wäre es anders, so hätte England nie und nimmer, davon bin ich überzeugt, den Antrag gestellt, Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu werden. Doch mancherorts ist dieses Gefühl immer noch sehr lebendig. Traditionen abzubauen, die in Jahrhunderten gewachsen sind, dauert seine Zeit. Viele kontinental-europäische Länder haben Traditionen, die den unseren nicht unähnlich sind, besonders Frankreich. Doch in den meisten dieser Länder haben die äußeren Umstände den Durchbruch neuer Ideen erzwungen, was in England nicht der Fall war. Mit Ausnahme derer in Großbritannien, Belgien, Holland und den skandinavischen Ländern sind all die alten europäischen Monarchien heute verschwunden. Die großen Herrscherhäuser, Bourbon, Bonaparte, Habsburg, sind längst nicht mehr an der Macht. Man darf nie vergessen, daß die Monarchie immer Hand in Hand ging mit einem mehr oder weniger intensiven Nationalismus – oft sogar mit einem ausgesprochen chauvinistischen Nationalismus. Die konstitutionelle Monarchie des heutigen England hat nichts hiervon; gleichwohl aber haben sich jahrhundertealte Traditionen auch bei uns ungeboren erhalten. In Deutschland und in Italien liegt der Fall wesentlich anders. Beide gelangten erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit zu staatlicher Einheit, und wenn auch die geschichtliche Tradition der einzelnen Länder weit in die Jahrhunderte zurückreichte, so war doch der deutsche und der italienische Nationalismus niemals so stark in der Vergangenheit verwurzelt, wie es in England oder auch in Frankreich der Fall war.

Und noch einmal müssen wir auf den Umstand zurückkommen, daß Großbritannien seit dem Jahre 1066 nie mehr von einer fremden Streitmacht erobert und besetzt worden ist. Ich denke, es ist durchaus verständlich, daß auch diese Tatsache das Bewußtsein der Unabhängigkeit und Selbständigkeit begünstigen mußte – eine Vorstellung, die vielleicht vor hundert Jahren einiges für sich hatte, die in unserer Gegenwart aber völlig irrelevant und in hohem Maße gefährlich ist.

Schließlich gibt es auch noch eine Reihe kleinerer Bedenken und Erwägungen – unwesentlich im Vergleich zu den meisten der Gründe, von denen ich bisher gesprochen habe –, die dem Engländer das Gefühl gaben, vom kontinentalen Europa weiter entfernt zu sein als von Nordamerika, Australien und selbst von einzelnen Teilen Afrikas und Asiens: – Fragen der Währung, der Maße und Gewichte, des Linienverkehrs und so weiter.

Aus alledem dürfte zu ersehen sein, daß ungeachtet der unbestreitbaren und engen Bande, die England mit seinen kontinentalen Nachbarn

verbinden, die äußeren Umstände im Verlauf der letzten vierhundert Jahre zur Entstehung von Traditionen und Ideen führten, die wesentlich anders sind als jenseits des Kanals; und das wiederum erzeugte die Vorstellung von der besonderen und separaten Stellung Großbritanniens in der Welt. Freilich hat es diese Vorstellung der Besonderheit, die ein integrierender Bestandteil eines jeden Nationalismus ist, zeitweilig in allen europäischen Ländern und häufig sogar in einzelnen Landesteilen gegeben; doch eben jene Umstände, die zur Entstehung der britischen Traditionen führten, in Verbindung

mit der insularen Lage unseres Landes, haben diese Vorstellung erstaunlich tief und fest in der britischen Mentalität verankert; es ist darum nicht leicht, hier eine Änderung herbeizuführen.

Wenn also bei uns so viele Leute ernstlich der Meinung sind, daß England Europa gegenüber tatsächlich eine „besondere und separate Stellung“ einnimmt, so sollte man dieses Gefühl auf dem Kontinent nicht unterschätzen. Heute kommt diese Überzeugung vor allem darin zum Ausdruck, daß man meint, England habe mehr mit seinen ehemaligen Kolonien gemein als mit den Mitgliedern des Gemeinsamen Marktes.

Die Idee der europäischen Einheit fand in England keine Gegenliebe

Diese britische *isolation* zeigt sich bereits sehr deutlich, wenn man einen Blick auf die historische Entwicklung der sogenannten „europäischen Idee“ wirft. Auf dem Kontinent erscheint diese Idee bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts; damals sagte Pierre Dubois, ein französischer Schriftsteller der Zeit Philipps IV., in seiner Abhandlung *De Recuperatione Terrae Sanctae* folgendes: „Wenn man den Frieden sichern will, so genügt es nicht, seine Vorzüge zu preisen, noch auch sich selbst zu verpflichten, ihn einzuhalten. Um den Krieg zu verhüten, braucht man geeignete Institutionen. Was also not tut, ist die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts.“ Erstaunliche Worte für das 14. Jahrhundert – Worte, die man erst jetzt allmählich ernst zu nehmen beginnt, ein halbes Jahrtausend später. Und im Jahre 1453, als die Türken Konstantinopel eroberten, äußerte Georg von Podiebrad, König von Böhmen, daß sich die Fürsten von Europa zusammenschließen sollten, um die Türken abzuwehren. Er plante einen Bund der Fürsten zur gemeinsamen Abwehr jedes Angriffs auf eines ihrer Länder; alle internen Streitigkeiten sollten durch den Spruch eines Schiedsgerichts geschlichtet werden. Ungefähr zur gleichen Zeit schrieb ein anderer Franzose, Antoine Marini, man müsse „die Völker und die Fürsten befreien durch die Schaffung eines neuen Europas“. Dies sind nur vereinzelte Stimmen aus einer Zeit, in der die Saat des Nationalismus gesät wurde; doch von da an taucht die europäische Idee im Verlauf der Geschichte immer wieder auf. Die meisten, die sich dafür einsetzen, waren begreiflicherweise Schriftsteller und Philosophen, Romantiker und Idealisten: Grotius, Crucé, Leibniz, Abbé Saint-Pierre, Rousseau, Kant, Saint-Simon, Mazzini, Proudhon und auch Marx – sie alle äußerten sich in ihren Werken, mit größerer oder geringerer Entschiedenheit, zugunsten dieser Idee. Doch auch einzelne aktive Staatsmänner setzten sich dafür ein, zum Beispiel Sully, der Minister Ludwigs XIV.; und sogar Richelieu liebäugelte mit diesem Gedanken. Ich habe nur einige aus einer Fülle von Namen erwähnt, doch es wird aufgefallen sein, daß sich kein einziger Engländer darunter befand. Ganz so schlimm ist die Sache nicht; tatsächlich haben sich zwei be-

kannte englische Denker zugunsten der europäischen Idee geäußert. 1693 schrieb William Penn sein *Essay for the present and future peace of Europe*, in dem er sehr detaillierte Vorstellungen einer europäischen Föderation entwickelte: jeder Staat sollte entsprechend seiner Größe in einem zentralen Parlament vertreten sein, dessen Vorsitz reihum ging und dessen Beschlüsse durch eine Dreiviertelmehrheit zustande kamen; und es sollte nur eine Streitmacht geben, eine gesamteuropäische Armee. Um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert brachte dann der bedeutende Philosoph und politische Denker Jeremy Bentham, der Begründer des Utilitarismus, die europäische Idee erneut zur Sprache in seiner Schrift *Principles of International Law*, in der er sich für allgemeine Abrüstung, ein internationales Parlament und Gericht, und völlige Handelsfreiheit einsetzte. Doch bis auf diese beiden bemerkenswerten Ausnahmen verfiel die Idee eines vereinigten Europas im insularen England, dessen Blick nach Westen gerichtet war, einfach nicht, und sie war auch nicht vereinbar mit der britischen Politik, den Frieden in Europa durch ein Gleichgewicht der Kräfte aufrechtzuerhalten.

Vom 15. Jahrhundert an sehen wir also die europäische Idee sporadisch da und dort auftreten, meist in Frankreich, zuweilen in Italien und in Deutschland, selten jedoch in England. Sie tauchte in unserem Jahrhundert erneut und mit sehr viel größerer Kraft nach dem Ende des ersten Weltkrieges auf, und jetzt war sie nicht mehr allein eine Sache der Träumer und Denker, sondern auch der aktiven Politiker.

Im Jahre 1922 gründete Graf Coudenhove-Kalergi die Paneuropabewegung – die erste von vielen europäischen Organisationen, die dann in den Jahren zwischen den beiden Kriegen folgten, und der noch sehr viel zahlreicheren, die nach 1945 entstanden. Die Paneuropa-Idee fand in den zwanziger Jahren großen Anklang; die erste offizielle Stellungnahme zugunsten einer europäischen Union erfolgte im Jahre 1925 vor der französischen Abgeordnetenkammer, und zwar durch Herriot, den damaligen Präsidenten des französischen Staatsrats.

Britische Regierung lehnt Europa-Konzeption Briands und Stresemanns ab

Doch der erste Staatsmann, der die Idee ernstlich aufgriff, war Aristide Briand, der große französische Sozialist der Jahre zwischen den Kriegen. Er bemühte sich bei den führenden Politikern Deutschlands, Italiens und Englands um Unterstützung für seine Ideen, fand sie jedoch nur in Deutschland, wo Gustav Stresemann sich rückhaltlos für den Plan einsetzte. Mussolini verhielt sich recht bezeichnend: er sagte zwar anfänglich seine Unterstützung unter der Bindung zu, daß die Kolonien der betreffenden Mächte das gemeinsame Eigentum der Union werden sollten, unternahm dann aber nichts zur Einlösung des gegebenen Wortes. Macdonald, der britische Premierminister, hielt die Idee für verfrüht und sagte das auch. Auf der zehnten Vollversammlung des Völkerbunds, im Jahre 1929, erläuterte Briand, assistiert von Stresemann, seine Konzeption dessen, was er „eine Art förderativen Zusammenhalts“ zwischen den Völkern Europas nannte. Anschließend ließ er allen europäischen Regierungen ein Memorandum zugehen, das eine detailliertere Darstellung seines Plans enthielt. Die Reaktion darauf war überwiegend positiv; begeistert allerdings war, abgesehen von Stresemann, nur Benesch, und die Engländer waren ausgesprochen dagegen. Auf der nächsten Tagung des Völkerbunds, im September 1930, wurde der Vorschlag ausführlich diskutiert, doch dabei trat die Gegensätzlichkeit der Auffassungen immer deutlicher zutage. Mehrere Mitglieder befürworteten eine Wirtschaftsunion in dieser oder jener Form, doch kein einziges Mitglied war bereit, irgendeine Form von politischer Integration zu akzeptieren. Die Vollversammlung ernannte einen Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz Briands zur Prüfung der Frage, doch dieser Ausschuß erzielte in zweijähriger Arbeit keine greifbaren Resultate, und als Briand 1932 starb, starb der Arbeitsausschuß mit ihm.

Wie kam es, daß die Idee, nachdem sie zunächst soviel Resonanz gefunden hatte, schließlich scheiterte? In erster Linie vielleicht durch den Tod Stresemanns und Briands, der bald nach Stresemann starb. Zum Teil lag es aber auch an der damaligen wirtschaftlichen Situation: das Jahr 1929 brachte den schwarzen Freitag von Wallstreet und den Beginn der großen Depression. Vermutlich hat auch die negative Einstellung Englands dazu beigetragen, diese Idee zu begraben. England war noch immer von seiner „besonderen und separaten Stellung“ überzeugt. Denn nicht nur die Engländer, sondern auch fast alle anderen Europäer waren bis nach dem Ende des ersten Weltkrieges weiterhin geneigt, in den überkommenen Kategorien von Siegern und Besiegten zu denken. Sie begriffen nicht, daß es im 20. Jahrhundert am Ende eines Krieges keinen echten Sieger mehr gab. Die Menschenopfer und die wirtschaftliche Belastung, die ein Krieg mit sich brachte, waren schon damals derart, daß niemand mehr etwas gewinnen konnte, auch der Sieger nicht. Es

wäre lächerlich, wollte man die Schuld an dem zweiten Weltkrieg Ramsay Macdonald in die Schuhe schieben, indem man sagt, daß ein zweiter Krieg in Europa möglicherweise hätte vermieden werden können, wenn er damals den Plan Briands unterstützt hätte; zahllose andere Faktoren wirkten außerdem mit. Doch man muß zugeben: hätte er den Plan unterstützt, und wäre es gelungen, ihn zu realisieren, so hätte durchaus eine Chance bestanden, den Krieg abzuwenden.

Mir scheint aber, daß in Anbetracht der Zeitumstände eine andere Reaktion der britischen Regierung gar nicht zu erwarten war. Der Nationalismus war noch immer die alles bestimm-

Wandlung nach dem Zweiten Weltkrieg - Churchill fordert „Vereinigte Staaten von Europa“

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs erscholl erneut der Ruf nach europäischer Einheit, und diesmal war die Resonanz wesentlich stärker. Ich denke, ich brauche die einzelnen Etappen der Nachkriegsentwicklung der europäischen Bewegung hier nicht zu rekapitulieren — die Haager Konferenz im Mai 1948, die noch im gleichen Jahr erfolgte Begründung der Europabewegung und später dann die Entstehung der Westeuropäischen Union, des Europarates und der Montanunion, das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, und schließlich die Schaffung des Gemeinsamen Marktes und der Europäischen Atombehörde —, dagegen würde ich gern ein paar Worte über die gleichzeitige Evolution des britischen Denkens sagen.

Es ist überraschend, festzustellen, daß der erste europäische Staatsmann, der sich nach dem Krieg für die europäische Integration ausgesprochen hat, ein Engländer war, und zwar kein geringerer als Sir Winston, damals noch Mister Churchill. Am 1. September 1946 erklärte er in

Zürich, daß man „eine Art Vereinigter Staaten von Europa“ ins Leben rufen müsse und daß „der erste Schritt hierzu die Bildung eines Europarats“ sei. In England rief Churchill ein *United Europe Committee* ins Leben; die Arbeit dieses Komitees erfreute sich beträchtlicher Unterstützung, allerdings bis auf wenige Ausnahmen nur von seiten der Konservativen Partei, die sich damals bekanntlich in der Opposition befand. Die Labour-Bewegung war in ihrer Haltung dezidiert uneuropäisch und betrachtete als ihre vordringlichsten Aufgaben den Wiederaufbau der britischen Wirtschaft, die Einführung des Wohlfahrtsstaates und die Einleitung der Entkolonialisierung. Die Idee einer Beteiligung Großbritanniens an einer europäischen Integration wurde von ihr zu keinem Zeitpunkt unterstützt, und auch noch in letzter Zeit ist ihre Stellungnahme in dieser Frage sehr zögernd und uneinheitlich, was auch auf der letzten Jahreskonferenz der Labour-Partei bei der Debatte vom 5. Oktober 1961 wieder deutlich in Erscheinung trat.

Dennoch keine britische Beteiligung an den europäischen Zusammenschlüssen der fünfziger Jahre

1951 mußte die Labour-Regierung abtreten: sie wurde von den Konservativen unter der Führung von Mr. Churchill abgelöst. Die neue Regierung war zwar nicht so aktiv anti-europäisch wie es ihre Vorgängerin gewesen war; immerhin aber sahen sich viele — um nur soviel zu sagen — in ihren Hoffnungen bitter enttäuscht. Die Konservativen waren nach wie vor für die europäische Einheit, doch ihre Vorstellungen, wie dieses Ziel zu erreichen sei, deckten sich nicht mit den in den kontinentalen Ländern vorherrschenden Anschauungen.

Die Engländer waren gewiß nicht gewillt, den Kurs derjenigen führenden Politiker des Kon-

tinents mitzumachen, deren Ziel die Schaffung eines wahrhaft föderativen Europas war, und sie sind dazu noch immer nicht bereit. Denn sie waren und sind noch heute der Meinung, weltweite Verbindungen und Verpflichtungen zu haben, und befürchten daher, daß selbst der begrenzte Verzicht auf die nationale Souveränität zugunsten einer übernationalen Körperschaft, zu dem einige der kontinentalen Länder bereit zu sein schienen, es für Großbritannien schwierig machen könne, seinen anderweitigen Verpflichtungen nachzukommen. Deshalb beteiligte sich Großbritannien weder an den Verhandlungen, die zur Bildung der Montanunion führten, noch an denen zur Schaffung der Euro-

päischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atombehörde. Von der Warte späterer Erkenntnisse aus gesehen, könnte freilich der Eindruck entstehen, die damalige britische Regierung habe die Lage falsch beurteilt. Doch der Grund ihrer Zurückhaltung war zweifellos weitgehend der gleiche, der auch heute noch unseren Beitritt zum Gemeinsamen Markt erschwert — unsere Commonwealth-Verpflichtungen. Großbritannien war lediglich bereit, sich an der Schaffung einer simplen Freihandelszone zu beteiligen, da dies keinerlei Veränderungen der besonderen Handelsvereinbarungen notwendig gemacht hätte, die zwischen ihm und seinen Commonwealth-Partnern bestehen. Es spielten natürlich auch noch andere Faktoren mit, beispielsweise Englands Zweifel an der Lebensfähigkeit einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, doch das entscheidende Problem waren die Commonwealth-Verpflichtungen. Und damit sind wir bei den Problemen angelangt, die sich gegenwärtig aus dem Entschluß Englands ergeben, seine Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu beantragen.

Bevor das Vereinigte Königreich Mitglied der EWG wird, werden langwierige und zweifellos mühsame Verhandlungen stattfinden müssen,

die übrigens bereits begonnen haben. Es ist zu hoffen, daß diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden und unser Land sobald wie möglich einen Sitz in den Institutionen des Gemeinsamen Marktes einnehmen kann. Im Augenblick sind alle Leute, diesseits wie auch jenseits des Kanals, aber auch überall im ganzen Commonwealth, sehr unruhig und gespannt, denn der Ausgang der Verhandlungen läßt sich schwer vorhersehen. Ein Fehlschlag würde unermeßlichen Schaden anrichten, und ich sehe, falls die Sache jetzt mißlingt, für eine ganze Reihe von Jahren keine Möglichkeit, daß eine britische Regierung erneut die Mitgliedschaft beantragt. Wenn es gelingt, so würden sich für England, davon bin ich persönlich fest überzeugt, unermeßliche Vorteile ergeben — und nicht allein Vorteile wirtschaftlicher Art. Auch würde nicht nur Großbritannien dabei gewinnen; es verfügt über eine ansehnliche Mitgift, die sowohl das politische als auch das ökonomische Gewicht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in der Welt von heute erheblich steigern würde. Außerdem würde unsere Mitgliedschaft, meiner Meinung nach, auch unseren Commonwealth-Partnern große Vorteile bringen.

Argumente der britischen Europa-Gegner

Wie allgemein bekannt sein dürfte, bestehen jedoch in England noch immer erhebliche Widerstände und Zweifel. Ich will versuchen, einen kurzen Überblick über die einzelnen Argumente zu geben, mit denen verschiedene Gruppen ihre Ansicht begründen, daß wir dem Gemeinsamen Markt nicht beitreten sollten. Die drei größten Probleme — die von denjenigen, die gegen unseren Beitritt sind, als unüberwindliche Hindernisse hingestellt werden und

die auch denen, die dafür sind, sehr ernst erscheinen und gelöst werden müssen, ehe wir beitreten können — sind: die Rücksicht auf das Commonwealth, die Auswirkungen auf unsere einheimische Landwirtschaft und unsere Verpflichtungen gegenüber unseren Partnern in der EFTA. Es gibt noch andere Schwierigkeiten, von denen später noch kurz die Rede sein soll; doch zunächst die drei entscheidenden Probleme:

Verbundenheit mit dem Commonwealth

Da ist in erster Linie das Commonwealth. Wie ich bereits in großen Zügen zu schildern versuchte, kam England im Zuge der geschichtlichen Entwicklung dazu, seine Blicke stärker auf seine überseeischen Territorien zu richten als auf Europa. Es war England natürlich niemals möglich, die Existenz seiner Nachbarn auf dem Kontinent völlig außer acht zu lassen, doch sein Interesse in dieser Richtung war einzig und allein, diese Nachbarn im Zaum zu halten und zu verhüten, daß einer von ihnen so mächtig wurde, daß er für den ganzen Kontinent und folglich auch für England eine Gefahr darstellte. Sein eigentliches politisches Ziel war die Erweiterung der überseeischen Territorien, war der Aufbau des britischen Empire. Englands imperiale Ära erreichte ihren Zenit im vorigen Jahrhundert; damals ging sein Einfluß weit über die territorialen Grenzen des Empire hinaus und erstreckte sich auf große Teile Südamerikas und des Mittleren Ostens.

Heute hat England nur noch wenige Kolonien. Fast alle haben ihre Unabhängigkeit erhalten,

angefangen von den sogenannten „weißen Dominien“ Australien, Neuseeland und Kanada, die zu Beginn unseres Jahrhunderts aufhörten, Kolonien zu sein, bis zu Indien, Pakistan und Ceylon, die kurz nach dem Kriege unabhängig wurden, und den ehemaligen afrikanischen Territorien, bei denen das gleiche im Verlauf der letzten Jahre geschah. Von den wenigen noch verbliebenen Kolonien dürften die meisten ihre Unabhängigkeit innerhalb der nächsten Jahre erreichen. Doch, obwohl diese Länder jetzt unabhängige und souveräne Staaten sind, sind sie

doch mit England noch immer eng verbunden durch das Commonwealth. Einige dieser Länder betrachten unsere Königin als ihr Staatsoberhaupt; die Queen wird in den betreffenden Ländern durch einen Generalgouverneur repräsentiert. Ungeachtet seines Titels, ist der Generalgouverneur etwas völlig anderes als sein Vorgänger, der Gouverneur einer Kolonie; er ist der Repräsentant der Queen und nimmt als solcher in dem betreffenden Lande die gleiche Stellung ein, die die Queen unter unserem System der konstitutionellen Monarchie in unserem Lande einnimmt. Andere Commonwealth-Länder erkennen die Königin nicht an und haben ihren eigenen Präsidenten als Staatsoberhaupt.

Viele Leute auf dem Kontinent finden es sehr schwierig, zu verstehen, worauf der Zusammenhalt des Commonwealth eigentlich beruht. Doch auch vielen Engländern würde es ziemlich schwerfallen, die Art dieses Zusammenhalts zu definieren. Es gibt keine geschriebene Verfassung, keine Verbandsstatuten oder irgend dergleichen. Auch das entspricht der britischen Tradition, denn bekanntlich hat England ebenfalls keine geschriebene Verfassung. Die Mitglieder des Commonwealth — das Völker jeder Farbe und jeden Glaubens in aller Welt umfaßt — verbindet ein zwiefaches Band: Auf der einen Seite ist es eine ökonomische Bindung, da viele Commonwealth-Länder hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit mehr oder weniger auf Großbritannien angewiesen sind; auf der anderen Seite sind es die, wie ich glaube, wichtigeren Bindungen der Freundschaft und der Loyalität. Es gibt, vor allem in England und in den weißen Dominien, in geringerem Grade aber auch in den anderen Ländern, so etwas wie ein Commonwealth-Mysterium. In England, Australien, Neuseeland und Kanada beruht dies zweifellos darauf, daß die Menschen dort vorwiegend, wenn auch keineswegs ausschließlich, britischer Herkunft sind. Auch der Einfluß der gemeinsamen Sprache ist in allen Commonwealth-Ländern sehr stark, denn selbst in den afrikanischen und asiatischen Ländern, die erst kürzlich unabhängig wurden, ist im allgemeinen Englisch die Amtssprache.

Diesen „Klub“, wie das Commonwealth zuweilen genannt wird, betrachten viele bei uns als Vorläufer eines künftigen weltweiten Verbandes aller Völker und Rassen — also sozusagen als Embryo einer Weltregierung. Ich persönlich bin zwar der Meinung, daß dies zu weit geht, aber man muß zugeben, daß das Commonwealth unermeßlich viel Gutes stiften kann und auch bereits gestiftet hat.

Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen für die Commonwealth-Länder

Auf Grund dieses bestehenden Bandes der Freundschaft und Loyalität scheut man sich in England, irgend etwas zu tun, das sich für die Völker der anderen Commonwealth-Länder schädlich auswirken könnte. Diese Furcht ist verständlich und sogar lobenswert, selbst wenn

sie, wie ich vermuten möchte, übertrieben ist. Es ist natürlich für mich als Engländer nicht leicht, die Stimmung in den anderen Commonwealth-Ländern richtig zu beurteilen. Die Bande der Freundschaft sind zweifellos stark und fest. Was man befürchtet, ist nicht so sehr, daß diese

Freundschaft zerstört werden könnte (warum auch sollte sie nicht weiterhin bestehen?) — es sind vielmehr die ökonomischen Konsequenzen, die sich aus dem Beitritt zur EWG ergeben könnten. Hier ist nicht der Raum für eine detaillierte Darstellung der ökonomischen Verhältnisse aller der Länder, die hiervon betroffen werden könnten; doch ich werde versuchen, kurz zu umreißen, was diesen Ländern Anlaß zur Sorge gibt.

England gewährt einer großen Anzahl von Produkten, die aus Commonwealth-Ländern eingeführt werden, Vorzugszölle. Diese Länder befürchten nun, daß die Vorzugszölle wegfallen und der Markt des Vereinigten Königreiches für den Commonwealth-Produzenten in einem gewissen Umfange ausfallen könnte, wenn England der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitrifft und seine Zolltarife nicht mehr selbst festsetzen kann. Das Land, das am ehesten Grund zur Sorge hat, ist zweifellos Neuseeland, das ohne die Möglichkeit, die Nahrungsmittel seiner gemäßigten Zone — in erster Linie Fleisch und Molkereiprodukte — nach England zu exportieren, wirtschaftlich nicht existieren kann. Diese Exportartikel stehen zu den Produkten einiger EWG-Länder in unmittelbarer Konkurrenz. Falls England der Gemeinschaft der „Sechs“ beitrete ohne besondere Vorkehrungen zur Sicherung seiner Interessen zu treffen, so würde Neuseeland die Vorzugszölle, die es gegenwärtig genießt, einbüßen, und die Länder der EWG würden neue Vorzugszölle erhalten. Das würde natürlich bedeuten, daß der britische Käufer sich dem kontinentalen Produzenten zuwendet. Wie ernst das Problem ist, dem sich Neuseeland gegenüber sieht, möchte ich durch einige Zahlen belegen. England importiert mehr als drei Fünftel dessen, was Neuseeland exportiert. So gehen beispielsweise von den jährlich insgesamt exportierten 155 000 Tonnen Butter 153 000 nach England; von insgesamt 345 000 Tonnen Hammelfleisch sind es 310 000, und von 80 000 Tonnen Käse 74 000, die auf den englischen Markt kommen. Für Australien und Kanada sieht die Sache ähnlich, wenn auch weniger ernst, aus. Kanada ist von den drei Ländern am wenigsten gefährdet. Australien exportiert außer Molkereiprodukten und Fleisch große Mengen von Weizen nach England; aus Kanada importieren wir vorwiegend Weizen und andere Getreidearten. Diese Frage der landwirtschaftlichen Produkte der gemäßigten Zone Neuseelands ist also das schwierigste von all den ökonomischen Problemen, die gelöst werden müssen, bevor wir der EWG beitreten können.

Seiner Wichtigkeit nach an zweiter Stelle steht das Problem der Industrieprodukte, die wir zu Vorzugszöllen aus Kanada und ganz besonders aus den asiatischen Gebieten mit niedrigen Arbeitslöhnen importieren: Indien, Pakistan und Hongkong. Diese Industrieprodukte genießen gegenwärtig bei uns gegenüber ähnlichen Waren

anderer Herkunftsländer eine erhebliche Vergünstigung, und obwohl diese billigen Waren — in erster Linie Textilien und Schneidwaren — für die britische Industrie eine ernsthafte Konkurrenz darstellen, hat die Regierung es als ihre Pflicht angesehen — und ich glaube, mit Recht — diese Vereinbarungen beizubehalten, da ihre Aufhebung der anfälligen Wirtschaft dieser armen und unterentwickelten Länder großen Schaden zufügen würde und nicht nur für Tausende, sondern für Millionen den Hungertod bedeuten könnte. Ich darf vielleicht hinzufügen, daß sich alle diese Länder bereit erklärt haben, den Export dieser Industrieprodukte nach England freiwillig auf bestimmte Quoten zu beschränken.

Der dritte Punkt betrifft unseren Import von tropischen Nahrungsmitteln aus den Commonwealth-Ländern Afrikas und Asiens. Auch für diese Länder ist es von vitalem Interesse, daß der britische Markt für ihre Produkte — Kaffee, Kakao, Pflanzenöle, Tee usw. — offenbleibt. Die überseeischen Territorien, die gegenwärtig mit der EWG liiert sind, haben selbstverständlich schon Vorzugszölle für die Einfuhr dieser Produkte in die Länder des Gemeinsamen Marktes, und man hofft in England aufrichtig, daß es möglich sein wird, diese Vereinbarungen auf diejenigen Commonwealth-Länder auszudehnen, die in die gleiche Kategorie gehören.

An vierter Stelle kämen dann die Rohstoffe, und diese Frage betrachtet man allgemein als das am wenigsten schwierige der ökonomischen Probleme, die das Commonwealth betreffen. Für die meisten Rohstoffe, wenn auch nicht für alle, besteht auf dem Gemeinsamen Markt bereits

jetzt Zollfreiheit, unabhängig davon, aus welchen Ländern sie kommen, und daher sollte es nicht schwer sein, zu einer Regelung zu gelangen, die für die Rohstoff-Exporteure der Commonwealth-Länder annehmbar ist.

Dies also sind, in Kürze, die Einwände, die von den Commonwealth-Ländern gegen unseren Beitritt zum Gemeinsamen Markt erhoben werden. Es gibt zweifellos Leute, die diese Einwände übertreiben; doch sie sind nichtsdestoweniger ein durchaus realer Anlaß zur Sorge, und ich glaube, das Gefühl der Loyalität gegenüber dem Commonwealth ist hier bei uns so stark, daß keine Regierung es wagen würde, selbst wenn sie es wünschte, den Vertrag von Rom zu unterzeichnen, falls die Bedingungen dieses Vertrages eine dauerhafte Schädigung der vitalen Interessen der anderen Angehörigen des Commonwealth bedeuten; der englische Wähler würde eine solche Handlungsweise niemals verzeihen.

Es gibt noch eine weitere Überlegung, diesmal politischer Art, die einigen Commonwealth-Mitgliedern zu schaffen macht, zumal den erst seit kurzer Zeit unabhängigen afrikanischen Ländern. Sie befürchten, daß Großbritannien, indem es der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitrifft, gemeinsame Sache mit einer Reihe von Ländern macht, die, in den Augen dieser Afrikaner, auf dem kolonialen Gebiet kein allzu gutes Führungszeugnis haben. Das ist selbstverständlich keine Sache, über die man verhandeln könnte. Ich erwähne sie auch nur der Vollständigkeit halber, da dieser Punkt, ob zu Recht oder zu Unrecht, ein weiterer Grund dafür ist, daß einige Leute Zweifel haben, ob wir der EWG beitreten sollten.

Rücksicht auf die britische Landwirtschaft

Das zweite der größeren Probleme, von denen ich sprach, betrifft unsere einheimische Landwirtschaft. Bekanntlich ist die Landwirtschaft in allen westeuropäischen Ländern ein mehr oder weniger intensiv subventionierter Erwerbszweig. Die riesigen Farmen Amerikas und Kanadas, Australiens und Neuseelands sind in der Lage, Getreide, Fleisch und Molkereiprodukte wesentlich billiger zu produzieren als es die europäischen Landwirte können. Der Gemeinsame Markt hat beschlossen, seine Landwirte gegen diese billigeren Nahrungsmittel durch entsprechende Zölle zu schützen. In England gilt ein völlig anderes System, und es ist schwer vorstellbar, wie wir unser gegenwärtiges System beibehalten könnten, wenn wir der EWG beitreten. Vielleicht sollte ich erwähnen, daß auf Grund dieser Umstände die landwirtschaftlichen Produkte bei dem ursprünglichen britischen Plan einer Freihandelszone ausgenommen sein sollten und bei dem Abkommen, das von den Mitgliedsländern der EFTA unterzeichnet wurde, tatsächlich ausgenommen sind.

Großbritannien gewährt den landwirtschaftlichen Produkten, die aus Commonwealth-Län-

dern kommen, Vorzugszölle, und diese Länder können ihre Produkte auf dem englischen Markt zu Preisen verkaufen, die wesentlich unter den Produktionskosten unserer einheimischen Landwirtschaft liegen. Gegen diese Konkurrenz wird der englische Landwirt geschützt durch eine staatliche Subvention oder eine Ausfallvergütung, welche die Differenz zwischen den Marktpreisen und den tatsächlichen Produktionskosten ausgleicht. Das bedeutet natürlich, daß die Nahrungsmittel in England billiger sind — billiger als in den Ländern des Gemeinsamen Marktes. Sollte England der EWG beitreten und das System der Schutzzölle akzeptieren, so ergäben sich zweierlei Auswirkungen. Erstens würde es zur Entstehung einer Zollschanke gegenüber den Produzenten der Commonwealth-Länder führen, und zweitens würden in England die Lebensmittel teurer werden — wobei allerdings die Regierung mehrere Millionen Pfund einsparen könnte, die sie jetzt Jahr für Jahr in Form von Subventionen für die Landwirtschaft ausgeben muß.

Loyalität gegenüber den EFTA-Partnern

Das dritte ernstliche Problem hängt mit der EFTA zusammen. Großbritannien hat gegenwärtig vertragliche Verpflichtungen gegenüber seinen Partnern in dem Verband der »Sieben«, und es kann diese Verpflichtungen selbstverständlich nicht ignorieren. Wollten wir dem Gemeinsamen Markt beitreten, ohne Rücksicht auf die Interessen unserer EFTA-Partner zu nehmen, so würden wir nicht nur einen Vertrag brechen, sondern in vielen Fällen auch unsere Vertragspartner wirtschaftlich schädigen. Es hat indessen jetzt den Anschein, als sei dieses spezielle Problem nicht ganz so schwerwiegend, wie die

beiden anderen obenerwähnten Probleme, da Dänemark gleichfalls seine Aufnahme in die EWG beantragt hat und Norwegen vermutlich dasselbe tun wird. Schweden hat beschlossen, nicht beizutreten, und daß die anderen EFTA-Mitglieder es tun, ist in hohem Maße unwahrscheinlich, wenn sich auch irgendeine Form des Anschlusses finden lassen dürfte. Jedenfalls ist es England mit Rücksicht auf seine Verpflichtungen auch hier nicht möglich, den Vertrag von Rom zu unterzeichnen, es sei denn, man käme zu entsprechenden Abmachungen, die den Interessen dieser Länder Rechnung tragen.

Kein Argument ist stichhaltig

Dies also sind die drei Hauptprobleme. Man kann bei uns in England noch eine ganze Reihe weiterer Vorbehalte und Einwände hören, die allerdings meines Erachtens keinerlei ernsthafte Bedeutung haben, da sie entweder auf vagen Emotionen oder auf einer völligen Unkenntnis darüber beruhen, was die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eigentlich ist und was sie bezweckt — oder häufig auch auf einer Kombination von beidem. So kann man beispielsweise oft hören, unser Beitritt werde sich ungünstig auf unseren Wohlfahrtsstaat und unseren Lebensstandard auswirken. Dieser Einwand beruht offensichtlich einzig und allein darauf, daß man nicht begriffen hat, um was es sich handelt. Aus den Reihen der Labour-Partei hört man die Behauptung, daß es, wenn England erst einmal dem Gemeinsamen Markt angehöre, einer künftigen Labour-Regierung unmöglich sein wird, den sozialistischen Staat zu verwirklichen, den die Labour-Party anstrebe. Auch dies beruht auf mangelhaften oder falschen Vorstellungen, und ich möchte wirklich wissen, was man in den sozialistischen Parteien der Länder, die gegenwärtig der EWG angehören, von derartigen Argumenten hält.

Schließlich wird natürlich auch die Frage der staatlichen Souveränität wieder und wieder aufs Tapet gebracht. Großbritannien dürfe sich nicht der Möglichkeit unabhängiger Entscheidung und Aktion begeben, heißt es da. Dieses Argument beruht im Grunde auf unkontrollierten Gefühlen und der überholten Konzeption des „Nationalstaates“, von dem ich anfangs schon sprach. Von all diesen Argumenten sind die zuerst genannten leicht durch sachliche Feststellungen zu widerlegen. Das letztgenannte dagegen ist sehr viel schwieriger auszuräumen. Ich habe die

Ehre, Vorsitzender einer Organisation in England zu sein, der *Common Market Campaign*, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, diese falschen Argumente zu bekämpfen. Es handelt sich um eine private Organisation, die sich aus führenden Mitgliedern aller politischen Parteien

Europa muß Großbritannien einschließen

Was die drei von mir zuerst geschilderten Probleme angeht, also das Commonwealth, die englische Landwirtschaft und die EFTA, so kann unsere Organisation nur versuchen, sachlich zutreffende Informationen darüber zu geben. Hier kommt wirklich alles darauf an, daß die Regierungen Großbritanniens und der „Sechs“ bei ihren Verhandlungen zu Vereinbarungen gelangen, die für alle Teile annehmbar sind. Es wäre denkbar, daß die britische Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß die angebotenen Bedingungen keine genügende Sicherung der vitalen Interessen des Commonwealth darstellen und daß sie es daher ablehnen müßte, den Vertrag zu unterzeichnen. Ich hoffe aufrichtig, daß dies nicht der Fall sein wird — und ich halte es in der Tat auch nicht für wahrscheinlich. Doch im Augenblick ist alles noch in der Schwebe. Der britische Entschluß, den Aufnahmeantrag zu stellen, ist, wie ich schon sagte, eine historische Tat, und man kann nur hoffen, daß alle Beteiligten von gutem Willen und dem Geist des echten Kompromisses beseelt sind, wenn die eigentlichen Verhandlungen in Brüssel beginnen. Sollte es nicht so sein, und sollte entweder die britische Regierung sich nicht in der Lage sehen, den Vertrag zu unterzeichnen, oder sollten die

zusammensetzt, aus Geschäftsleuten, Industriellen und Gewerkschaftlern, die der Meinung sind, daß es den vitalen Interessen unseres eigenen Landes diene und außerdem sowohl Europa als auch dem Commonwealth zu ungeheurem Vorteil gereiche, wenn Großbritannien und möglichst viele weitere Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten. Wir haben keine leichte Aufgabe vor uns, denn es gibt, wie ich zu erklären versucht habe, noch immer einen starken Widerstand gegen die Idee, der freilich zu großen Teilen mit falschen Argumenten begründet wird, die man widerlegen kann. Doch es gibt Leute, die sich dieser Argumente — und dazu in der irrationalen Überzeugung, England besitze noch immer diese seine „besondere und separate Stellung“ — skrupellos bedienen. Wenn aber die Saat des Zweifels und des Mißtrauens erst einmal ausgesät ist, dann ist es nicht immer leicht, das Unkraut mit der Wurzel auszujäten. Ganz besonders schwer ist der Kampf gegen jene, die sich unkontrollierte Emotionen nutzbar machen und patriotische Gefühle für ihre Zwecke einzuspannen versuchen. Wie gesagt, wir haben eine schwere Aufgabe vor uns und brauchen jede Hilfe, die wir bekommen können.

Regierungen der „Sechs“ nicht gewillt sein, Großbritannien einzubeziehen, so ist die Chance, das neue Europa zu bauen, vielleicht für immer vertan. Wenn dagegen die Verhandlungen erfolgreich sind und mein Land Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird, dann wäre, davon bin ich überzeugt, die Zukunft Europas — zum Segen für die ganze Welt — gesichert.

Anmerkung:

Lord Herbert Gladwyn, K. C. M. G., C. M. G., G. C. V. O., geboren am 25. April 1900, ist in Eton und Oxford erzogen worden. Er trat 1924 in den auswärtigen Dienst ein, wobei er sich insbesondere mit Fragen der internationalen Koordination befaßte. Der rasch avancierende Diplomat nahm fast an allen Gipfelkonferenzen seit dem Beginn des zweiten Weltkrieges teil — an den Verhandlungen in Quebec, Kairo, Teheran, Jalta und Potsdam sowie an den Gründungskonferenzen der UNO in Dumbarton Oaks und San Francisco. Er war bei der Pariser Außenministerkonferenz stellvertretender Chef der britischen Delegation, daraufhin Botschafter bei der UNO (1950 bis 1954) und in Paris (1954—1960).

Lord Gladwyn gehört heute dem Board of Directors des Bankhauses Warburg an und führt als Präsident der „Campaign Britain in Europe“ den Kampf für den Beitritt seines Landes zur EWG mit ebenso großem politischen Weitblick wie diplomatischer Geschicklichkeit.

ROBERT BIRLEY

Das britisch-deutsche Verhältnis

Trotz gemeinsamer germanischer Vergangenheit tiefe Unterschiede

Man sollte eigentlich annehmen, daß die historische Entwicklung Großbritanniens und Deutschlands hätte ähnlich verlaufen müssen. Es stimmt zwar, daß England und das schottische Flachland ein Teil des Römischen Reiches wurden, wohingegen Deutschland, östlich des Rheins, fast ganz außerhalb blieb; doch kein Teil des Imperium Romanum wurde so vollständig und nachhaltig von den eindringenden Germanen erobert wie Britannien. Kaum ein einziges Wort der ursprünglichen keltischen Sprache hat sich im Englischen erhalten, und es ist schwer, Reste keltischer Institutionen zu entdecken, sei es politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Art. Und wenn auch später die Wikinger kamen,

die im Verlauf des 9. und 10. Jahrhunderts große Teile Ostenglands eroberten, und dann um die Mitte des 11. Jahrhunderts die Normannen, so wurde dennoch die Entwicklung der englischen Institutionen in sehr viel stärkerem Maße von den Germanen beeinflusst als von den späteren Invasoren. Dasselbe gilt von der englischen Sprache, die zwar so vielfältig abgewandelt und so heterogen in ihrem Sprachschatz ist wie kaum eine andere, die aber im Grunde doch eine germanische Sprache ist; ihre Grammatik und Syntax wurden entscheidend geformt von den Stämmen, die, aus Deutschland kommend, hier eindringen, und sind von Frankreich fast gar nicht beeinflusst worden.

Frühe staatliche Einigung und organische politische Entwicklung Großbritanniens

Und doch könnte die historische Entwicklung Englands und Deutschlands kaum unähnlicher sein, als sie es war. Der vielleicht wichtigste Unterschied ist, daß England früher als irgendein anderes europäisches Land zu nationaler Einheit und staatlicher Zentralisierung gelangte, während Deutschland die Einheit der Nation erst vor weniger als hundert Jahren erreichte — und auch dann nur unvollkommen. Doch ein anderer Unterschied ist fast ebenso charakteristisch: Englands politische Entwicklung ist außerordentlich langsam und gleichmäßig, ja, fast könnte man sagen, organisch vor sich gegangen. Revolutionäre Veränderungen waren so selten, daß es kaum möglich ist, festzustellen, wann diese oder jene Veränderung der politischen Konstitution unseres Landes stattgefunden hat. Der Gegensatz zu der politischen Entwicklung in Deutschland ist augenfällig.

Vielleicht darf ich dies schon gleich einmal an einem Beispiel demonstrieren. Entscheidend für die Feststellung, wer die höchste Gewalt im Staate ausübt, ist bekanntlich die Frage: Wer wählt die Regierung? Auf dem Amsterdamer Kongreß der Zweiten Internationale, 1904, sprach sich Jean Jaurès gegen einen von den Führern der deutschen Sozialdemokraten, Bebel

und Kautsky, unterstützten Antrag aus, wonach Sozialisten, die in einer kapitalistischen Regierung mitwirkten, aus der Partei ausgestoßen werden sollten. Im Verlauf seiner Rede attackierte Jaurès seine deutschen Opponenten mit den Worten: „Selbst wenn Ihr eines Tages die Majorität im Reichstag haben solltet, so ist doch Deutschland das einzige Land, wo eine sozialistische Majorität im Parlament noch keine sozialistische Führung des Landes bedeuten würde. Denn Euer Parlament ist nur zur Hälfte ein Parlament, ohne Exekutivgewalt, ohne Regierungsgewalt; die Beschlüsse des Reichstages sind weiter nichts als Empfehlungen, und die kaiserlichen Kanzleien können diese Empfehlungen in den Wind schlagen.“ Das war etwas übertrieben; doch es wäre damals, im Jahre 1904, völlig unmöglich gewesen, zu behaupten, daß in England die königlichen Kanzleien den Willen des Parlaments mißachten könnten oder daß das Parlament ohne Regierungsgewalt sei. Der König hatte jeden Einfluß auf die Wahl der Regierung eingebüßt — aber wann? Das ist außerordentlich schwer zu sagen. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts erlebte England eine seiner seltenen Revolutionen, einen Kampf zwischen König und Parlament, und bei diesem Kampf ging es zweifellos unter anderem auch um die Forde-

rung des Parlaments, entscheidenden Einfluß auf die Wahl der Regierungsminister auszuüben. Doch als es im Jahre 1660 zu einer Einigung kam, wurde dieser Streitpunkt mit keinem Worte erwähnt. Im 19. Jahrhundert ging die gängige historische Theorie dahin, zu sagen, daß die Macht im Verlauf der folgenden hundert Jahre allmählich in die Hände des Parlaments übergegangen sei und daß Georg III., der von 1760 bis 1820 regierte, versucht habe, die Macht wieder an sich zu bringen, daß dieser Versuch aber fehlgeschlagen sei. Kein heutiger Historiker wäre bereit, diese Version zu akzeptieren. Im Jahre 1827 wünschte Georg IV. einen Politiker namens Herries zum Schatzkanzler zu ernennen. Bei einer Sitzung des Kabinetts befand die Mehrheit der Minister, mit Einschluß des Premierministers, daß Herries für diesen Posten nicht in Frage komme; doch der König bestand, wie ein zeitgenössischer Staatsmann in seinen Aufzeichnungen vermerkt, „peremptorisch auf der Ernennung“ — und Herries wurde Schatzkanzler. Wann also verlor der König die Macht, die Minister zu bestimmen? Mir scheint, die Antwort auf diese Frage muß lauten, daß sich dies schlechterdings nicht feststellen läßt; alles, was man dazu sagen kann, ist, daß er sie verloren hat.

Doch ehe ich weitergehe, sollte ich wohl die Schwierigkeit hervorheben, welcher sich jeder gegenüber sieht, der schriftlich oder mündlich etwas über Großbritannien auszusagen versucht — und das ist das ganz besondere Verhältnis zwischen England und Schottland. Bis zum Jahre 1603 waren England und Schottland getrennte Königreiche; zwischen 1603 und 1707 hätten sie es jederzeit wieder werden können; doch im Jahre 1707 wurden die Parlamente der beiden Königreiche vereinigt, und danach wäre eine Trennung nur noch durch eine Revolution möglich gewesen. Großbritannien ist keineswegs ein Bundesstaat, dennoch hat sich das schottische Nationalgefühl sehr lebendig erhalten. Ein Schotte weiß sehr genau, daß seine historischen Traditionen anders sind als die eines Engländers. Kaum eine einzige auch nur etwas weiter zurückreichende historische Feststellung von allgemeiner Gültigkeit, die für England zutrifft, kann auch auf Schottland ausgedehnt werden. Man kann nur feststellen, daß für die Dauer von fast zweihundert Jahren nach der sogenannten „Unionsakte“ von 1707 England so sehr der

überwiegende der beiden Partner war, daß Schottland die politischen Traditionen Englands zum großen Teil übernahm und assimilierte. Jeder Engländer jedoch, der von den heutigen Institutionen seines Landes spricht und sie aus der Geschichte Englands herzuleiten versucht,

dürfte im Hintergrund seines Bewußtseins gewisse unbehagliche Unstimmigkeiten registrieren, die jedem Klärungsversuch hartnäckigen Widerstand entgegensetzen — und ich glaube nicht, daß es nur mir so geht, weil ich zur Hälfte Engländer und zur Hälfte Schotte bin.

Phänomene lenken, wie ein englischer Autor dazu neigt, Schottland zu vergessen. Denn England ist natürlich gar kein Eiland; es ist nur die Hälfte einer Insel. Und doch haben Engländer immer wieder so geschrieben, gesprochen und, was noch wichtiger ist, gedacht, als ob England eine Insel wäre.

Großbritannien blieb seit einem Jahrtausend von Kriegen fast verschont

Ich sprach bereits von den zwei wesentlichen Unterschieden der historischen Entwicklung in Großbritannien und in Deutschland: von der frühzeitig erfolgten Einigung und Zentralisierung und der organischen politischen Entwicklung Großbritanniens, im Gegensatz zu dem so lange vergeblich gebliebenen Streben Deutschlands nach nationaler Einheit und seiner so ganz anders verlaufenen politischen Entwicklung. Aber ich vermute, daß es einen Faktor gibt, der sogar noch wichtiger ist. Fast tausend Jahre lang hat es in England, auf englischem Grund und Boden, kaum Kriege gegeben. Nur einmal, unter Stephan von Blois, der von 1135 bis 1154 regierte, hat England einen ähnlichen Zustand politischer Anarchie durchgemacht, wie er in allen anderen europäischen Ländern im Mittelalter durchaus üblich war. Dies beruhte in erster Linie auf einem ganz bestimmten Ereignis, dem weitaus bedeutsamsten Ereignis der gesamten englischen Geschichte: der Eroberung Englands durch Wilhelm von der Normandie im Jahre 1066. Was sich damals ereignete, war die plötzliche und völlige Einigung des Landes unter einem alleinigen Herrscher. Zwei Beispiele werden genügen, um zu zeigen, welche Folgen das hatte. Die übliche Bezeichnung für das grundlegende System des englischen Rechts, welches sich als stark genug erwies, das Eindringen des römischen Rechts im Mittelalter und in der Zeit der Renaissance zu verhindern, ist *Common Law*. Das bedeutet nicht, daß dieses Recht für alle Menschen „gleich“ war, ohne Ansehen der Person, es bedeutet vielmehr, daß dieses Recht allen Teilen Englands „gemein“ war. Vor der normannischen Eroberung gab es in den verschiedenen Teilen Englands verschieden gearbetetes Recht, das aus der Zeit stammte, als das Land aufgeteilt war in einzelne Königreiche, wie zum Beispiel Mercia, das Königreich des Gebiets von Mittelengland, oder Wessex, das Königreich der Westsachsen in Südengland. Nach 1066 war es mit diesen Unterschieden, die man in Deutschland während des Mittelalters natürlich für völlig unvermeidlich gehalten hätte, ein für allemal vorbei. Ähnlich verhält es sich mit dem Münzrecht, dem vielleicht bedeutsamsten Symbol der Souveränität eines Staates. Die Regierungszeit des Königs Stephan von Blois, den ich bereits erwähnte, war nach der normannischen Eroberung die einzige Periode, in der es in England ein örtliches Münzrecht gegeben hat, das nicht der königlichen Machtbefugnis unterstand.

Es ist nicht etwa so, daß die Frühgeschichte Englands in irgendeiner Weise die Entstehung mäch-

tiger Stammesherrzöge unmöglich gemacht hätte, wie wir sie in Deutschland finden. Auch in England lassen sich in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts deutliche Anzeichen einer solchen Entwicklung erkennen: doch nach der Eroberung Englands durch Wilhelm von der Normandie gibt es derlei Anzeichen nicht mehr. Es lag jedoch nicht an den Stammesherrzögen, wenn die deutsche Geschichte im Mittelalter, im Gegensatz zu derjenigen Englands, durch beständige innere Fehden gekennzeichnet wurde; der Grund hierfür war die Schwäche der zentralen Macht, der Monarchie. Daß England in späterer Zeit, auf Grund seiner insularen Lage, von feindlichen Einfällen verschont blieb, war von größter Bedeutung; doch es war nicht ganz so wichtig, wie man vielleicht meint. Auch Deutschland wurde im Mittelalter nicht von äußeren Feinden mit Krieg überzogen; aber England blieb von innerem Streit verschont, das war entscheidend.

Vielleicht darf ich hier einmal — und zugleich zum letztenmal — Ihre Aufmerksamkeit auf das

In Deutschland war der Krieg ein Dauerzustand

Wenden wir unseren Blick von hier auf die Geschichte Deutschlands, so sehen wir genau das Gegenteil. Ich glaube, selbst ein beschlagener und historisch interessierter Engländer dürfte geneigt sein, die Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. von 1440 bis 1493 als verhältnismäßig ereignislos anzusehen (bis auf seinen Ärger mit Karl von Burgund und seine Sorgen in Österreich) und diesen Zeitraum daher für eine vergleichsweise friedliche Zeit zu halten. Und selbst einem Deutschen dürften die Kriege der weißen und der roten Rose vertrauter sein als etwa der Krieg zwischen Albrecht Achilles und den Fränkischen Städten oder die Kämpfe zwischen den Hohenzollern und den Wittelsbachern um die Mitte jenes Jahrhunderts oder die Soester Fehde. Die Rosenkriege waren etwas Einmaliges innerhalb der englischen Geschichte; dadurch bekamen sie ein solches Gewicht, daß man geradezu von einem nationalen Trauma sprechen kann, und blieben Generationen hindurch beständig im Bewußtsein der Menschen. Die Soester Fehde machte auf die Menschen in Deutschland keinen solchen Eindruck; und doch war England, selbst während der Zeit der Rosenkriege, das weitaus friedlichere der beiden Länder.

Im Jahre 1642 kam es in England zum Krieg zwischen König Karl I. und dem Parlament.

Der Königsthron hier, dies gekrönte Eiland ...
Dies Kleinod, in die Silbersee gefaßt,
Die ihr den Dienst von einer Mauer leistet,
Von einem Graben, der das Haus verteidigt
Vor weniger beglückter Länder Neid;
Der segensvolle Fleck, dies Reich, dies England.
(Richard II., II Akt, I. Szene, Zeile 40 und 46—50)

So schrieb Shakespeare, und zwar im Jahre 1595, als er sich noch nicht einmal darauf berufen konnte, daß England und Schottland ein und denselben König hatten.

Das 15. Jahrhundert, die Zeit des endenden Feudalismus in Westeuropa, war begreiflicherweise eine Periode großer innerer Schwierigkeiten. In England war es die Zeit der Rosenkriege. Ich nehme an, es ist dem Einfluß Shakespeares zuzuschreiben, daß diese Kriege in Deutschland so bekannt sind. Doch wenn man die Geschichte jener Zeit genau verfolgt, dann stellt man fest, daß wirkliche Kämpfe nur selten und mit großen Pausen stattgefunden haben; tatsächlich erstreckten sich diese Kämpfe zusammengenommen über insgesamt nur wenige Monate — innerhalb der dreißig Jahre, die die Rosenkriege dauerten.

Eine der ersten kriegerischen Handlungen war, daß royalistische Truppen gegen die Stadt Leicester zu Felde zogen. Der Anführer dieser Truppen war Prinz Ruprecht, Sohn des „Winterkönigs“ Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz. Prinz Ruprecht, der sich seine Sporen im Dreißigjährigen Krieg verdient hatte, handelte so, wie es jeder erwartet haben würde, der mit der Art der Kriegführung in den späteren Stadien jenes schrecklichen Konflikts in Deutschland vertraut war: er forderte den Bürgermeister von Leicester auf, unverzüglich zweitausend Pfund zu erlegen, andernfalls er die Stadt plündern lassen werde. Die Reaktion, die diese Aufforderung hervorrief, muß Ruprecht außerordentlich erstaunt haben. Das ganze Land war empört, und der König schrieb dem Bürgermeister von Leicester sofort einen Brief, in dem es hieß: „Dies mißfällt Uns höchlichst und Wir verwerfen es ausdrücklich.“ Doch die wahre Bedeutung dieses Vorfalles sollte sich drei Jahre später zeigen, als Prinz Ruprecht erneut vor Leicester erschien und die Stadt aufforderte, sich zu ergeben. Die Stadt weigerte sich und wurde erstürmt. Und diesmal war die Reaktion eine völlig andere. Die Stadt wurde geplündert — „nicht eine Hütte blieb verschont“, hieß es. Der König war selbst zugegen und machte keinen Versuch, seine Sol-

daten zurückzuhalten. Doch wenige Monate später war der Krieg zu Ende — und zwar, was noch bedeutsamer ist: der Krieg innerhalb Englands war für immer vorbei, wenn man von einigen kurzen Kämpfen absieht, zu denen es

bei einigen sehr wenigen Gelegenheiten im Verlauf der folgenden hundert Jahre kam. Die weitere Entwicklung führte dazu, daß die Möglichkeit, politische Streitfragen durch Waffengewalt zu lösen, praktisch ausschied.

publik schon in der Stunde ihrer Geburt zum Untergang verurteilt war“.

Die Engländer ziehen den Kompromiß der Gewalt vor

Ich habe diesen Aspekt der verschiedenen historischen Entwicklung der beiden Länder mit solcher Ausführlichkeit behandelt, weil ich glaube, daß er von absolut fundamentaler Bedeutung ist. Wenn ein Volk zu der Überzeugung gelangt, daß die Lösung von Streitfragen durch Waffengewalt praktisch nicht in Frage kommt, dann muß dieses Volk bereit sein zum politischen Kompromiß. Ein solches Volk wird dazu neigen, den politischen Kompromiß als Teil der natürlichen Ordnung der Dinge zu betrachten, und es wird zwangsläufig die Technik des fruchtbaren Kompromisses erlernen. Betrachtet man dagegen die Beziehungen zwischen England und Irland, so zeigt sich das genaue Gegenteil. Die Engländer waren zu keiner Zeit der Meinung, daß bei ihren politischen Auseinandersetzungen mit den Iren eine Lösung durch Waffengewalt ausgeschlossen sei. Daher waren diese Auseinandersetzungen, verglichen mit der Handhabung ihrer eigenen inneren Angelegenheiten, durch ein ungewöhnliches Maß von politischer Stümperei gekennzeichnet. In ihrem Verhalten gegenüber Irland zeigten die Engländer bis 1922 niemals auch nur eine Spur jener „besonderen Begabung zum Kompromiß“, deren sie sich selbst rühmen und die ihnen oft auch von anderen zuerkannt wird.

länders über die neuere deutsche Geschichte) — dieser Historiker also bezeichnet das Telefongespräch zwischen General Groener und Ebert als den folgenschwersten und verhängnisvollsten Augenblick der neueren deutschen Geschichte. Er spricht von einem „Pakt, der geschlossen wurde zu dem Zweck, beide Parteien gegen die extremen Elemente der Revolution zu schützen, der aber zur Folge hatte, daß die Weimarer Re-

Zu dieser Beurteilung gelangt Wheeler-Bennett besonders im Hinblick auf die Rolle, welche die Armee in den darauffolgenden fünfzehn Jahren spielen sollte. Ich konnte, als ich das Buch las, nicht umhin, wieder einmal festzustellen, wie außerordentlich schwierig es für einen Engländer ist, die Geschichte irgendeines anderen Landes zu verstehen. Kein Engländer vermag zu begreifen, was es heißt, im eigenen Land der Gefahr politischer Gewaltsamkeit und Anarchie ins Auge sehen zu müssen. Seine traditionellen Lösungen wären völlig unanwendbar gewesen in der Situation, vor die Fritz Ebert sich gestellt sah. Tatsächlich glaube ich, daß jeder englische Staatsmann in Eberts Lage ganz genauso gehandelt hätte, wie Ebert gehandelt hat.

Tiefes Mißtrauen gegenüber der Armee

Doch der Unterschied ist nicht allein, daß der Engländer niemals der Gefahr der Anarchie ins Auge zu sehen gehabt hätte — er wäre auch nie und nimmer von einem General angerufen worden. Nach dem Bürgerkrieg, der 1645 endete, wurde England für die Zeit einiger weniger Jahre von einer siegreichen Armee beherrscht. Diese Armee benahm sich durchaus nicht etwa schlecht; doch diese Zeit prägte sich den Menschen in England als ein Trauma ein, das sogar noch dauerhafter war als die traumatische Erinnerung an die Zeit der Rosenkriege. Es ist kaum möglich, die Heftigkeit zu übertreiben, mit der man seitdem die Armee als potentiellen Faktor auf dem Gebiet der Politik ablehnt. Bis zum heutigen Tage existiert die Armee in England nur von Jahr zu Jahr, das heißt, das Parlament muß jedes Jahr ein neues Gesetz verabschieden, damit die Armee bestehen bleibt. Während des ganzen 19. Jahrhunderts bekämpften alle, die auch nur die geringste Vorstellung davon hatten, was in einer modernen Armee erforderlich ist, die höchst ungewöhnliche Handhabung der Verleihung von Offizierspatenten in der englischen Armee, die nämlich fast ausschließlich käuflich erworben wurden. Das Argument, das die damaligen Kritiker als Antwort zu hören bekamen, war nicht etwa, daß dieses System die Armee schlagkräftiger mache, ganz im Gegenteil. Die Armee sei dadurch weniger schlagkräftig, hielt man ihnen entgegen, sie sei weniger eine Sache von Professionellen als vielmehr von Amateuren, und dadurch sei die Gefahr geringer, daß sie jemals auf die Idee kommen könnte, eine politische Rolle spielen zu wollen. Die Möglichkeit, Offiziersstellen käuflich zu erwerben, wurde erst 1871 abgeschafft. (Vielleicht darf ich an dieser Stelle ein Einzelfaktum besonderer Art erwähnen, das gleichfalls mit den Beziehungen zwischen England und Deutschland zu tun hat

und, wie ich glaube, so gut wie völlig unbekannt ist. Der erste Ansatz, dem System des käuflichen Erwerbs von Offizierspatenten in der Armee beizukommen, erfolgte im Jahre 1802, mit der Gründung eines Colleges zur Ausbildung einiger weniger Offiziere, die sich das Patent nicht durch Geld, sondern durch fachliches Können erwerben sollten. Und was meinen Sie, wem die britische Regierung im Jahre 1807 die Leitung dieser Kriegsakademie anbot? Ausgerechnet Scharnhorst! Er ließ den Brief sechs Jahre lang unbeantwortet, und als er dann schließlich antwortete, lehnte er ab; denn inzwischen hatte er anderes zu tun. Aber man stelle sich nur einmal vor, was passiert wäre, wenn er tatsächlich angenommen hätte; es ist einfach nicht auszudenken.)

Erlauben Sie mir, ein ganz bestimmtes Ereignis der neueren deutschen Geschichte herauszugreifen, an dem, wie mir scheint, ersichtlich wird, auf welche Weise — und wie verschieden — sich die vorangegangene historische Entwicklung auf die beiden Länder ausgewirkt hat. Und zwar spreche ich von jenem Augenblick am Abend des 9. November 1918, da sich General Groener telefonisch mit Fritz Ebert in Verbindung setzte, der damals seit einigen Stunden Reichskanzler war; bei diesem Telefongespräch wurden sich die beiden darüber einig, daß das Oberkommando die Armee friedlich in die Heimat zurückführen und daß die Regierung mit dem Offizierskorps zusammenarbeiten werde, um den Bolschewismus abzuwenden und die Disziplin in der Armee aufrechtzuerhalten. Das bedeutete natürlich nichts anderes als die Auflösung der Soldatenräte und die Ausschaltung der Unabhängigen Sozialisten aus der Regierung. Ein englischer Historiker, Sir John Wheeler-Bennett, bezeichnet in seinem Buch „Die Nemesis der Macht — Die Rolle der deutschen Armee in der Politik, 1918—1945“ (meines Erachtens die gründlichste und wissenschaftlich exakteste Arbeit eines Eng-

Daß allein schon die Vorstellung, die Armee könnte jemals irgendeine Rolle in der Politik spielen, die Engländer so dauerhaft beunruhigt hat, zeigt deutlich genug, wie entschieden sie es ablehnten, die Anwendung von Gewalt überhaupt in Erwägung zu ziehen. Ich habe hier von Politik gesprochen; spricht man von dem Generalstreik des Jahres 1926, so begibt man sich auf ein ganz anderes Gebiet. Der Generalstreik war bis zu einem gewissen Grade eine revolutionäre Aktion, wenn auch eine ziemlich laue. Bereits wenige Tage nach Beginn des Ausstandes, zu dessen Bekämpfung (in stärkerem Ausmaß als jemals zuvor seit dreihundert Jahren) Militär eingesetzt wurde, organisierte man Fußballwettkämpfe zwischen Soldatenmannschaften und Mannschaften der streikenden Arbeiter. Ich kann mich noch sehr genau an diese Zeit erinnern. Niemand dachte auch nur an die Möglichkeit, daß sich der Streik etwa zum Bürgerkrieg ausweiten könne; eine gütliche Einigung schien jederzeit in greifbarer Nähe.

Kein Brite kann den Kulturkampf verstehen

Doch wenden wir uns einem anderen Gebiet zu, einem Gebiet, das zwar im Verlauf der letzten dreihundert Jahre in den meisten Ländern nicht zum Krieg geführt hat, auf dem es aber besonders schwer zu sein scheint, zu einem Kompromiß zu gelangen. Ich meine das Gebiet der religiösen Streitigkeiten, nicht nur zwischen den verschiedenen Konfessionen, sondern auch zwischen Kirche und Staat — wobei es sich heutzutage besonders um die Fragen der Erziehung und des Unterrichts handelt.

Nach dem Kriege, von 1947 bis 1949, war ich in Deutschland als *Educational Adviser* in der britischen Zone. Dabei hielt ich mir die Unterschiede der historischen Traditionen und der politischen Entwicklung der beiden Länder immer deutlich vor Augen. Wenn ich vor britischen *Education Officers* sprach, schärfte ich ihnen jedesmal ein: „Remember, no Englishman can ever understand the Kulturkampf.“ Und wenn ein Engländer ein Phänomen wie den Kulturkampf nicht zu begreifen vermag, dann wird es ihm natürlich auch schwerfallen, die Probleme des deutschen Schulwesens zu verstehen. Zwar ist es auch für uns durchaus nichts Neues, daß religiöse Konflikte auf dem Gebiet des Schulwesens zu Schwierigkeiten führen; aber diese Schwierigkeiten hatten bei uns doch ein sehr anderes Gesicht.

Schulstreit endete in England mit einem Kompromiß

Infolge der sehr engen Verbindung zwischen der anglikanischen Kirche und der herrschenden Klasse war es nur natürlich, daß die Schule das besondere Vorrecht dieser Kirche sein sollte. Doch im Jahre 1867 erhielten diejenigen englischen Arbeiter, die einen städtischen Wohnsitz hatten, das Wahlrecht, und die erste politische Maßnahme von Bedeutung, die im Anschluß hieran erfolgte, war die Einführung der Schulpflicht im Jahre 1870. Die anglikanische Kirche sah sich konfrontiert mit gegnerischen Kräften aus dem Volke, die zum Kampf gegen die Monopolstellung des Klerus auf schulischem Gebiet angetreten waren, und inzwischen hatten sich diese Kräfte politisch formiert. Das Ergebnis war ein Kompromiß, doch der Kampf ging weiter. Er endete erst 1944, und zwar durch das große und bisher letzte Schulgesetz, das damals verabschiedet wurde. Die durch dieses Gesetz geschaffene Regelung ist zu kompliziert, als daß ich sie hier ausführlicher darstellen könnte; doch die wesentlichen Punkte sind kurz folgende: Wenn eine der Kirchen, die anglikanische, die methodistische oder die römisch-katholische, imstande ist, die Hälfte des für den Bau einer staatlichen Schule erforderlichen Kapitals aufzubringen, kann sie die Lehrer bestimmen und sicherstellen, daß der Religionsunterricht entsprechend ihrer eigenen Lehre erteilt wird; der Staat stellt

Um Ihnen das verständlich zu machen, muß ich zunächst auf die Ursprünge der englischen Labour-Partei eingehen. Gegründet wurde die Labour-Partei bekanntlich im Februar des Jahres 1900; hervorgegangen aber war sie aus dem Methodismus, einer religiösen Reformbewegung des 18. Jahrhunderts, begründet von dem englischen Geistlichen John Wesley. Diese Bewegung war eine Auflehnung gegen den Formalismus der anglikanischen Kirche der damaligen Zeit, deren Führung ausschließlich in den Händen der Reichen lag. Die methodistische Bewegung fand ihre meisten Anhänger unter den Angehörigen der ärmeren Schichten, und sie eröffnete dem frommen Laien die Möglichkeit, eine bedeutsame Rolle zu spielen. In ihren politischen Ansichten waren die Methodisten meist radikal, doch sie waren keine Revolutionäre. Elie Halévy, der große französische Historiograph des 19. Jahrhunderts, sah in der ablehnenden Haltung der Methodisten gegenüber der Französischen Revolution, die man in England als antichristliche Bewegung betrachtete, den entscheidenden Grund dafür, daß England das Zeitalter der Revolution mit so geringer sozialer Erschütterung überlebte. Es ist daher auch kaum überraschend, daß der englische Radikalismus Karl Marx ablehnte und daß, als eine Partei zur Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse gebildet wurde, diese Partei kaum von Marx beeinflußt war.

die andere Hälfte des Kapitals, unterhält die Schule und entlohnt die Lehrer. Wenn eine Schule ohne Beitrag einer der Kirchen gebaut wird oder die Kirche kein neues Kapital aufzubringen vermag, zum Beispiel bei der Erweiterung einer Schule, dann bestimmt der Staat die

Im außerenglischen Europa ist die Schule ein Zankapfel zwischen Staat und Kirche

Jetzt verstehen Sie vielleicht, wie schwer es ein britischer *Education Officer* hat, der das Tauziehen der verschiedenen Gruppen und Kräfte um die deutsche Schule zu begreifen versucht. Es überrascht ihn nicht, festzustellen, daß religiöse Differenzen immer und überall zu Differenzen auch auf dem Gebiet des Schulwesens führen. Da ihm die gewaltigen Kämpfe zwischen Katholiken und Protestanten in Deutschland nicht unbekannt sind — Kämpfe, die noch keineswegs vorbei sind —, erwartet er eine Situation vorzufinden, die derjenigen, mit der er sich in seinem eigenen Lande auseinandersetzen hat, nicht unähnlich ist. Doch er kann nicht feststellen, daß der entscheidende Konflikt auf dem Gebiet des Schulwesens ein Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten wäre.

Der wesentliche Unterschied ist natürlich, daß in großen Teilen Deutschlands die katholische Kir-

che sehr viel stärker und einflußreicher ist als in England. In England war sie zu schwach, als daß es zwischen ihr und dem Staat zu einem ernstlichen Konflikt hätte kommen können. In Deutschland war die katholische Kirche stark genug, eine große politische Partei zu bilden und diese Partei auch zu beherrschen, und von heute aus läßt sich erkennen, daß in den Tagen Bismarcks ein Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche fast unvermeidlich war. Außerdem stand die Sozialdemokratische Partei in Deutschland den Konfessionen von Anfang an kritisch und oft sogar mit offener Feindschaft gegenüber. Unter solchen Umständen mußte die Schule zwangsläufig zum Zankapfel zwischen Staat und Kirche werden. Wer sich an die Zeit erinnert, als die Verfassung der Bundesrepublik ausgearbeitet wurde, der wird wissen, daß von

Lehrer, und der Religionsunterricht wird einem sogenannten *Agreed Syllabus* gemäß erteilt, auf den sich die Kirchen geeinigt haben. (Die römisch-katholische Kirche ist übrigens nicht bereit, diesen *Agreed Syllabus* zu akzeptieren, sondern zieht es vor, eigene Schulen zu errichten, indem sie die Hälfte der Baukosten aufbringt.) Dieser Kompromiß — ein Kompromiß zwischen rivalisierenden Konfessionen — hat sich, bisher jedenfalls, als durchaus befriedigend erwiesen. Keine politische Partei hat jemals die Ansicht vertreten, daß in den Schulen überhaupt kein Religionsunterricht erteilt werden sollte und daß die religiöse Unterweisung Sache der verschiedenen Kirchen selbst sei.

Wie ich schon erwähnte, war der Methodismus eine Bewegung, die der anglikanischen Kirche kritisch gegenüberstand. Danach sollte man an sich annehmen, daß die Labour-Partei antiklerikal wäre; denn in den Anfängen dieser Partei waren viele ihrer führenden Männer aktive Methodisten. Der Methodismus war auch eine sehr entschiedene protestantische Bewegung, was die Vermutung nahelegen könnte, die Labour-Partei stünde der römisch-katholischen Kirche feindlich gegenüber. Doch der Einfluß des Methodismus auf die Arbeiterbewegungen des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts hat im Gegenteil vor allem die Wirkung gehabt, eine Entwicklung zum Säkularismus zu verhindern. Die Labour-Partei ist daher auch niemals antiklerikal gewesen. Ebenso wenig war es jemals ein Problem, daß Angehörige der römisch-katholischen Kirche Mitglieder dieser Partei waren. Ja, ich glaube sogar, man kann — da die meisten Angehörigen der römisch-katholischen Kirche unter der Arbeiterbevölkerung bestimmter großer Städte zu finden sind — mit Recht behaupten, daß in England die Mehrheit der Katholiken bei einer Parlamentswahl die Labour-Partei wählt.

che sehr viel stärker und einflußreicher ist als in England. In England war sie zu schwach, als daß es zwischen ihr und dem Staat zu einem ernstlichen Konflikt hätte kommen können. In Deutschland war die katholische Kirche stark genug, eine große politische Partei zu bilden und diese Partei auch zu beherrschen, und von heute aus läßt sich erkennen, daß in den Tagen Bismarcks ein Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche fast unvermeidlich war. Außerdem stand die Sozialdemokratische Partei in Deutschland den Konfessionen von Anfang an kritisch und oft sogar mit offener Feindschaft gegenüber. Unter solchen Umständen mußte die Schule zwangsläufig zum Zankapfel zwischen Staat und Kirche werden. Wer sich an die Zeit erinnert, als die Verfassung der Bundesrepublik ausgearbeitet wurde, der wird wissen, daß von

allen Problemen das Schulwesen am hartnäckigsten umstritten war.

Ich behaupte keineswegs, daß dieser Konflikt zwischen der Kirche und einer Partei oder auch mehreren Parteien (und, wenn die Partei die Macht im Staate hat, zwischen Kirche und Staat)

Guy Fawkes Day ist innerlich überwunden

Ganz gewiß nicht, weil etwa England ein religiöseres Land wäre als Deutschland oder andere westeuropäische Länder. Und es ist auch nicht etwa so, daß in England zwischen der protestantischen und der römisch-katholischen Kirche oder zwischen den verschiedenen protestantischen Sekten keine tiefe Feindschaft bestünde. Im Gegenteil, ich frage mich zuweilen wirklich, ob man jemals irgendwo anders irgendeine Kirche so sehr gehaßt hat, wie man in England viele Generationen hindurch die römisch-katholische Kirche gehaßt hat. Wer einmal im Spätherbst in England war, hat dabei vielleicht aus eigener Anschauung den seltsamsten aller englischen Bräuche kennengelernt. Tagelang, ja sogar wochenlang vor dem 5. November ziehen die Kinder mit kleinen Figuren oder Puppen durch die Straßen, einer Art von Vogelscheuchen, den sogenannten *guys*, und bitten die Leute um *a penny for the guy*. Am 5. November selbst werden dann auf offener Straße Feuer angezündet, kleine Scheiterhaufen, auf denen die *guys* verbrannt werden, und man wirft Feuerwerkskörper in die Luft. *Trafalgar Square*, das Zentrum dieses bemerkenswerten nationalen Ritus, muß für den Verkehr gesperrt werden. Und das alles geschieht zur Erinnerung an ein Ereignis, das dreihundertsiebenundfünfzig Jahre zurückliegt: an die sogenannte „Pulverbeschörung“ einiger katholischer Edelleute, die bei der Parlamentsöffnung am 5. November 1605 das ganze Parlament in die Luft sprengen wollten, aber rechtzeitig entdeckt wurden (und von denen einer mit Vornamen *Guy* hieß — *Guy Fawkes*). Dabei muß man bedenken, wie außerordentlich selten es ist, daß sich das genaue Datum eines bestimmten historischen Ereignisses länger als einige wenige Generationen hindurch im Gedächtnis der Menschen erhält. Als Parallele fällt einem der 14. Juli in Frankreich ein. Haß auf die römisch-katholische Kirche in England findet man heute nur noch bei einigen seltsamen Käuzen. Niemand, ich möchte sagen, tatsächlich nicht einer, entzündet heute am 5. November sein Feuerchen oder seinen Knallfrosch mit irgendeiner Animosität gegenüber den Katholiken in seinem Herzen. Und doch war dieser Jahrestag einstmals der Ausdruck einer so tief empfundenen nationalen Emotion, daß er zu einer festen und unauslöschlichen Tradition wurde. Der Mummenschanz von heute verewigt in der Tat das Gedächtnis an etwas, das einst erbitterte Feindschaft war.

Ebensowenig läßt sich, wie ich schon sagte, behaupten, daß zwischen den verschiedenen protestantischen Sekten keine heftige Rivalität bestanden hätte. Daß der politische Konflikt zwi-

ein ausschließlich deutsches Phänomen sei; in vielen anderen westeuropäischen Ländern findet man die gleichen Konflikte. Nein, das Land, in dem wir einem einzigartigen Phänomen begegnen, ist England. Und wir können nicht umhin, zu fragen, warum das so ist.

schen dem König und dem Parlament, der 1640 begann, sich zu dem einzigen Bürgerkrieg im Verlauf der neueren englischen Geschichte ausweitete, lag in der Tat daran, daß dieser politische Konflikt zugleich ein Konflikt zwischen dem anglikanischen Klerus und den extremeren Protestanten war.

Die Engländer sind in erster Linie Empiriker

Nun geschieht es bei jeder soziologischen Untersuchung dieser Art nur allzuleicht, daß man, wie wir in England sagen, „den Wagen vor das Pferd spannt“, zu deutsch: das Pferd am Schwanz aufzäumt. Wenn jemand jederzeit bereit ist, in jeder prinzipiellen Frage schließlich und endlich nachzugeben, handelt er deshalb so, weil für ihn das einzige absolute Prinzip die Ablehnung der Gewalt ist und er daher keinem politischen oder religiösen Standort eine absolute Gültigkeit zuerkennen kann? Oder ist es umgekehrt so, daß für ihn keine politische Doktrin und kein religiöses Dogma absolute Gültigkeit besitzt und daß ihm daher die Anwendung der Gewalt zur Unterstützung einer Überzeugung von nur relativer Gültigkeit als absurd erscheinen muß? Mit anderen Worten: Hat alles damit zu tun, daß die Engländer im Grunde Empiriker sind?

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Wenn ich sage, daß die Engländer es ablehnen, politische Fragen durch Anwendung von Gewalt zu lösen, so will ich damit nicht etwa sagen, daß

Wie soll man es also erklären, daß es in England niemals so etwas wie einen Kulturkampf gegeben hat? Ich glaube, die Erklärung ist in dem von mir bereits erwähnten Phänomen zu suchen, das der historischen Entwicklung meines Landes zugrunde liegt, und zwar ist dies die stillschweigende Voraussetzung, daß bei irgendeinem Konflikt keiner jemals seine Zuflucht zur Gewalt nehmen wird. Wenn man bereit ist, dies als Grundsatz anzuerkennen, dann werden selbst religiöse Gegensätze zu Streitigkeiten, die gütlich beigelegt werden müssen, entweder dadurch, daß es zwischen den streitenden Parteien allmählich zu irgendeinem Kompromiß kommt, manchmal aber auch so, daß jeder dem anderen gestattet, es auf seine Weise zu halten, also sozusagen auf eigene Façon selig zu werden.

Wie soll man es also erklären, daß es in England niemals so etwas wie einen Kulturkampf gegeben hat? Ich glaube, die Erklärung ist in dem von mir bereits erwähnten Phänomen zu suchen, das der historischen Entwicklung meines Landes zugrunde liegt, und zwar ist dies die stillschweigende Voraussetzung, daß bei irgendeinem Konflikt keiner jemals seine Zuflucht zur Gewalt nehmen wird. Wenn man bereit ist, dies als Grundsatz anzuerkennen, dann werden selbst religiöse Gegensätze zu Streitigkeiten, die gütlich beigelegt werden müssen, entweder dadurch, daß es zwischen den streitenden Parteien allmählich zu irgendeinem Kompromiß kommt, manchmal aber auch so, daß jeder dem anderen gestattet, es auf seine Weise zu halten, also sozusagen auf eigene Façon selig zu werden.

sonst Pazifisten wären. Anderen Ländern und Völkern gegenüber waren die Engländer genauso bereit zum Rückgriff auf die Gewalt wie irgendeine andere Nation; man braucht nur daran zu denken, auf welche Weise sie ihr *Empire* errichteten. Doch ich glaube in der Tat, daß die Engländer von Grund auf und vor allem Empiriker sind, und vielleicht ist dies der letztlich entscheidende Unterschied zwischen den Engländern und den Deutschen. Letzten Endes ist es eine Frage des Maßes, des Ermessens; es geht darum, welche Wichtigkeit man irgendeiner politischen Frage letztlich beimißt. Vielleicht darf ich auch dies durch eine kleine Geschichte illustrieren, durch den Bericht über einen ganz und gar absurden Vorfall, der sich im Verlauf der englischen Geschichte zugetragen hat. Immerhin, soviel läßt sich wohl sagen, daß es völlig unmöglich ist, sich vorzustellen, diese Episode hätte sich im Verlauf der deutschen Geschichte ereignet. Doch ich muß ein wenig ausholen, ehe ich auf die Sache selbst komme.

In Frankreich „lettre de cachet“ - in England „Habeascorpusakte“

Mir scheint, es läßt sich mit Fug und Recht behaupten, daß England in Europa ein Land von wirklicher Bedeutung wurde (wenigstens zum ersten Male wieder seit dem 8. Jahrhundert und den Tagen des heiligen Bonifatius), als Voltaire nach England kam und hier seine „*Lettres philosophiques sur les Anglais*“ schrieb. Bekanntlich war Voltaire, der mit einem französischen Adligen Streit gehabt hatte, auf Grund einer „*lettre de cachet*“ — also eines außergerichtlichen, willkürlichen Haftbefehls — in die Bastille geworfen worden und mußte später das Land verlassen. Er kam nach England, wo ihn das, was er sah, erstaunte, teilweise auch abstieß, im ganzen aber mit Bewunderung erfüllte. Hier in England war es nicht nötig, die Forderung zu erheben: *Ecrasez l'infame* (nämlich die Kirche),

weil es hier jedermann gestattet war, auf eigene Façon selig zu werden. Bei dem Streit, den er in Paris gehabt hatte, war es um eine Schauspielerin gegangen, die er liebte; als Schauspielerin war ihr in Frankreich ein christliches Begräbnis versagt, und wenn sie eines Tages starb, so würde man ihren Leichnam in eine Jauchegrube werfen. In London dagegen sah er in der Westminsterabtei das prächtige Grabmal von Mrs. Bracegirdle, der berühmtesten englischen Schauspielerin der vorhergehenden Generation. Vor allem aber fand er hier einen geltenden Rechtsgrundsatz, die Habeascorpusakte, so genannt nach den Worten *Habeas corpus* (zu deutsch: Du mögest haben den Leib), mit denen der Text eines gerichtsurkundlichen Hafterslasses begann — das heißt also, er fand hier ein Rechtsprinzip

verwirklicht, welches es unmöglich gemacht hätte, ihn auf Grund einer *lettre de cadet* in einer königlichen Festung einzukerkern.

Die Habeas Corpusakte, das Grundgesetz, wonach kein englischer Untertan ohne gerichtliches Siegel verhaftet oder in Haft gehalten werden darf, war in der Tat eines der wichtigsten, ja vielleicht das wichtigste aller vom englischen Parlament beschlossener Gesetze. Die Abstimmung darüber fand im Jahre 1679 statt, rund fünfzig Jahre vor Voltaires Besuch in England. Vielleicht sollte ich hier noch anmerken, daß bei uns in England, wenn im Oberhaus oder Unterhaus eine Abstimmung stattfindet, jeweils zwei der Peers oder der Mitglieder des Unterhauses als sogenannte *tellers* fungieren, — wobei das englische Wort *tell* in der ursprünglichen Bedeutung des angelsächsischen *tellan* — deutsch also „tellen“ oder „zählen“ — verwendet wird. Die *tellers* geben selbst keine Stimme ab, sondern zählen, je nachdem, ob sie selbst dafür oder dagegen sind, entweder als *tellers for the ayes*,

die Ja-Stimmen, oder als *tellers for the noes*, die Nein-Stimmen. Als nun die Abstimmung über die Habeas Corpusakte durchgeführt wurde, erlaubten sich die *tellers for the ayes* einen Spaß und zählten die Stimme eines Peers von besonders gewaltiger Leibesfülle — der also sehr viel *corpus* hatte — nicht als eine Stimme, sondern als zwölf Stimmen. Die Opposition fand diesen Witz so gut, daß sie beschloß, ihn zu honorieren. Damit aber erhielt die Vorlage die erforderliche Stimmenanzahl, die sie sonst nicht erreicht hätte.

Nun hätte aber die Habeas Corpusakte zweifellos, wenn sie damals nicht durchgegangen wäre, einige Jahre später Gesetzeskraft erlangt; insofern ist diese Geschichte also nicht allzu wichtig. Was ihr jedoch eine besondere Bedeutung verleiht, ist der Umstand, daß England im Jahre 1679 kurz vor einem Bürgerkrieg zu stehen schien; tatsächlich kam es sechs Jahre später zu einer Rebellion, die allerdings innerhalb weniger Tage niedergeschlagen wurde.

Das Scheitern der Revolution von 1848 war eine Katastrophe für Deutschland

Wenn mir der Unterschied zwischen der historischen Entwicklung der beiden Länder, meines eigenen und des deutschen, als ein faszinierendes, oftmals aber auch verblüffendes Problem erscheint, so hängt das zweifellos damit zusammen, daß ich Historiker bin, oder vielmehr ein Lehrer der Geschichte. Als ich nach dem Kriege in Deutschland war, im Jahre 1947, schlug ich meinen Kollegen bei den drei anderen Besatzungsmächten vor, 1948 in Berlin eine historische Tagung abzuhalten, bei der wir die Gäste und deutsche Historiker die Gastgeber sein sollten, und zwar sollte das Thema dieser Tagung die Revolution von 1848 sein. Doch mein Vorschlag fand keine gute Aufnahme. Die Franzosen meinten, die Revolution von 1848 sei im Grunde eine französische Revolution, und jede Tagung darüber sollte daher in Paris stattfinden; die Russen erklärten, sie beabsichtigen auf jeden Fall, eine Tagung zur Erinnerung an das kommunistische Manifest zu veranstalten; und die Amerikaner meinten, die Revolution von 1848 sei doch wirklich nicht so wichtig. Ich aber erklärte, daß mir an dieser Tagung gerade deshalb so sehr gelegen sei, da ich als Engländer die Ereignisse von 1848 einfach nicht verstehen könne. In jenem Jahr versuchte mein Großvater, der sich damals in Nordengland aufhielt, aber eine Schule besuchte, die in Südengland lag, seinem Vater klarzumachen, die bedrohliche politische Situation lasse es kaum ratsam erscheinen, daß er jetzt zur Schule zurückkehre. Sein Vater schrieb an einen Verwandten, einen damals noch jungen Mann, der aber Mitglied des Parlaments war (derselbe, der mehr als zwanzig Jahre später die Abschaffung der Käuflichkeit der Offizierspatente durchsetzen sollte), und bat ihn um seinen Rat. Die Antwort kam postwendend und lautete: „Schick den Jungen wieder auf seine Schule. In England besteht überhaupt keine Gefahr.“

Als der Enkel meines Großvaters richte ich meinen Blick auf das Deutschland des Jahres 1848. Was mich dabei am stärksten beeindruckt, ist die Tatsache, daß die Schwierigkeiten, denen sich die deutschen Liberalen gegenübersehen, so gewaltig waren, daß kein Staatsdenker oder Staatsmann auf der ganzen Welt damit hätte fertig werden können. Die Engländer sind im allgemeinen geneigt, über das Frankfurter Parlament zu lachen. Ich nicht. Ich finde in den Debatten dieses Parlaments liberale Grundsätze formuliert, oftmals mit kluger Mäßigung, die für künftige Generationen richtunggebend hätten sein

sollen. Es war nicht so, daß Deutschland damals keine liberalen Traditionen gehabt hätte. Die Männer zum Beispiel, welche die Freiheit der Universitäten in Amerika begründeten, fußen dabei auf Ideen, die aus Deutschland kamen. Doch es war allzuviel, was damals in allzu kurzer Zeit getan werden mußte, und die politische Situation war viel zu kompliziert. Niemals haben englische Staatsmänner Problemen gegenübergestanden, die auch nur annähernd so schwierig gewesen wären wie die, mit denen es die deutschen Staatsmänner 1848 zu tun hatten. Ich glaube nicht, daß England jemals einen Staatsmann gehabt hat, der damit fertig geworden wäre. Aber schließlich ist England auch niemals mit einem derartigen Problem konfrontiert worden. In England hat man politische Probleme stetig und allmählich gelöst, immer eins nach dem andern, sie haben sich niemals unerledigt angesammelt, wie das 1848 in Deutschland der Fall war.

Das Scheitern des Versuchs von 1848 war, so glaube ich, eine Katastrophe. Denn es gab damals Probleme, besonders das der nationalen Einigung Deutschlands, die gelöst werden mußten. Man konnte sie auch auf andere Weise lösen. Bismarck hatte recht, wenn er nach 1848 erklärte, was die Deutschen veranlaßte, ihre Blicke auf Preußen zu richten, sei nicht Preußens Liberalismus, sondern Preußens Stärke. Doch es ist die Schwäche der Stärke (wenn man mir dieses Paradoxon gestatten will), daß sie in der Politik die Probleme nicht löst; sie scheint sie nur zu lösen. Dem äußeren Anschein nach war die Einheit Deutschlands im Jahre 1871 allerdings erreicht. Aus Deutschland wurde das Deutsche Reich, ein föderatives Reich, gewiß, dessen Teile aber sehr eng und fest miteinander verbunden waren, doch in einem tieferen Sinne war Deutschland noch immer keine Einheit.

In Deutschland gibt es zu wenig „neutralen Boden“

Damit komme ich auf das, was mir der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Gemeinschaften zu sein scheint, der deutschen und der britischen. Ich äußere meine Ansicht nur zögernd, und ich würde nicht wagen, es zu tun, wenn ich nicht wüßte, daß einige Deutsche, für die ich große Hochachtung empfinde, der gleichen Meinung sind. (Es war übrigens ein deutscher Professor, der Rektor einer Universität, der dies eines Tages mir gegenüber mit größter Deutlichkeit zum Ausdruck brachte.)

Erlauben Sie mir, auch hier mit einem Beispiel zu beginnen, einer Veranschaulichung. In England haben alle Schulen, staatliche wie private, Aufsichtsräte oder Kuratorien, die für die Finanzen und die Baulichkeiten zuständig sind und die *headmasters* oder *headmistresses* ernennen. Es ist durchaus normal, daß in diesen Körperschaften Leute mit höchst verschiedenen politischen Ansichten sitzen. In Deutschland mußte ich feststellen, daß es den meisten Leuten schwerzufallen schien, etwas derartiges überhaupt für möglich zu halten. Dies ist nur eins

von vielen Beispielen, die ich hier anführen könnte. In England gibt es weite Bereiche des öffentlichen Lebens, auf denen man den politischen, religiösen oder sogar sozialen Unterschieden keinerlei Bedeutung beimißt. Doch besonders kennzeichnend ist, daß sich dies auch auf die Unterschiede zwischen den politischen Parteien bezieht. In den Anfängen der parlamentarischen Regierung hatten die Leute in England Generationen hindurch Angst vor den Parteien, oder den „Faktionen“, wie sie damals meist genannt wurden. Doch als dann im 19. Jahrhundert organisierte politische Parteien in Erscheinung traten, da stellte man fest, daß sie gar nicht so gefährlich waren, wie man befürchtet hatte. Ich muß daran denken, daß ich einmal bei einem Dinner zugegen war, welches 1949 von der *Royal Academy of Art* veranstaltet wurde. Damals war Attlee Premierminister, Churchill führte die Opposition — und die politische Auseinandersetzung war intensiv. Im Verlauf des Abends erhob sich Winston Churchill (keineswegs dramatisch; ich glaube nicht, daß viele

Leute es überhaupt bemerkt haben, doch ich saß damals neben ihm), schritt die Tafel entlang, dorthin, wo Mr. Attlee saß, erhol sein Glas und sagte: „Clem, my dear fellow, darf ich — hier auf diesem neutralen Boden — auf Ihr Wohl trinken!“ Von diesem neutralen Boden gab es in England stets so viel — und in Deutschland so wenig.

England hatte es leichter

Ich bin mir bewußt, daß ich hier in einem Fehler des Engländers zu verfallen scheine, der ihn der Welt am allerwenigsten empfiehlt: seine Selbstgefälligkeit. Wenn ich die lange Geschichte meines Landes rückblickend überschaue, so scheint mir, daß wir es oft leicht gehabt und es uns vielfach auch leicht gemacht haben. Ich sehe, daß es uns häufig nur darum ging, unsere eigenen, beschränkten Ziele zu erreichen, und daß uns dies davon abgehalten hat, einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Zivilisation zu leisten. Die Errichtung des Heiligen Römischen Reiches mag sich für die Deutschen selbst verhängnisvoll ausgewirkt haben; es machte ihnen die Erreichung der politischen Einheit unmöglich, zu der England, Frankreich und selbst das so tief gesplattene Spanien gelangten; doch für das ganze übrige Europa war das Heilige Römische Reich eine Lektion von allerhöchstem Wert: es war der sichtbare Ausdruck des Ideals politischer Einheit auf der Grundlage kultureller Einheit — also eine Vorwegnahme dessen, zu dem wir erst jetzt unter Mühen zurückfinden. England hat keine beherrschende europäische Figur hervorge-

Es gibt Anlässe zur Hoffnung

Ich hoffe, Sie übersehen die Selbstgefälligkeit und erlauben einem Engländer, das Folgende zu sagen. Die politischen Schwierigkeiten Deutschlands dauern noch immer an. England brauchte sich nie von einer verheerenden Niederlage zu erholen und hat niemals irgend etwas durchgemacht, was auch nur annähernd mit der gegenwärtigen Teilung Deutschlands zu vergleichen wäre. Keine englische Stadt hat sich jemals in der gleichen Lage befunden wie Berlin. Doch was ich in der Zeit nach dem Kriege an den Deutschen bewundert habe, war nicht in erster

Daraus erklärt sich auch, so glaube ich, die Anfälligkeit der Deutschen in den zwanziger und den beginnenden dreißiger Jahren. Die Stimme, die ertönte, war die Stimme einer Sirene; denn ihr Gesang war sehr verführerisch. Das Verlangen nach wirklicher sozialer Einheit war sehr stark, und gerade das war es, was die Stimme versprach.

bracht wie Luther; doch Luther führte zum Dreißigjährigen Krieg; Englands Bruderkrieg im 17. Jahrhundert dauerte drei Jahre — nicht dreißig. Englands System der parlamentarischen Demokratie hat zweifellos im 19. Jahrhundert großen Einfluß auf Europa gehabt; doch gerade, da diese parlamentarische Demokratie eine so pragmatische Institution war, da sie in so geringem Maße ein Ausdruck philosophischer Ideen war und so überwiegend auf einer Reihe von politischen Erfahrungen beruhte, war die Wirkung, die von ihr ausging, nie sonderlich tief. Man braucht nur etwa an die sehr viel tiefere und nachhaltigere Auswirkung einer anderen Erprobung der Demokratie zu denken, der wesentlich weniger Erfolg beschieden war, an das Beispiel Athens. Einen bedeutenden Beitrag haben wir, wie ich glaube, allerdings geleistet; den Beweis hierfür wird jedoch erst der Verlauf des kommenden Jahrhunderts erbringen. Der Beitrag, den ich meine, besteht in Erkenntnissen über das Wesen eines Weltreichs; doch das hat kaum etwas zu tun mit einem Vergleich zwischen Deutschland und England.

Linie der wirtschaftliche Aufschwung, so erstaunlich dieser als Leistung auch war, sondern das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das so sehr viel besser war als in meinem eigenen Lande, und vor allem eine Toleranz und Geduld, ohne die das Überleben und der Wiederaufstieg Deutschlands nicht möglich gewesen wären. Und wenn ich bei Kriegsende vorauszusagen pflegte, daß die Reaktion auf den Nazismus, bei einer politisch so unerfahrenen und ungefestigten Nation wie der deutschen, die Anarchie sei und daß dies aber-

mals zu dem Versuch führen werde, das Problem durch die Anwendung von Gewalt zu lösen — so ist mir der Irrtum dieser Voraussagen nirgends so eindringlich vor Augen geführt worden wie in Berlin, in den Jahren 1948 und 1949, und auch späterhin jedesmal, wenn ich in diese Stadt kam. Natürlich gibt es verschiedene Faktoren, die dazu beigetragen haben, eine solche Entwicklung, wie ich sie bei Kriegsende befürchtet hatte, zu verhindern; doch diese Faktoren erzeugten nicht die Menschlichkeit und die Vernunft, die ich in Berlin gefunden habe.

Vielleicht darf ich zum Schluß folgendermaßen zusammenfassen: In England kann ich gegenwärtig nur geringe Anzeichen irgendeiner politischen Entwicklung erkennen; doch ich tröste mich, indem ich mir sage, daß es vermutlich nur wenige Zeitabschnitte im Verlauf der englischen Geschichte gegeben hat, in denen es dem zeitgenössischen Beobachter möglich gewesen wäre, solche Anzeichen wahrzunehmen; und gleichwohl hat immerfort eine organische Entwicklung stattgefunden. In Deutschland dagegen, so scheint mir, findet ganz offensichtlich eine echte politische Entwicklung statt. Und mir scheint, daß zum erstenmal im Verlauf der Geschichte Deutschland und England einander nahegekommen sind, da heute diese beiden Länder den Rückgriff auf die Gewalt zur Lösung ihrer inneren politischen Probleme ablehnen. In einer Zeit, die man nur allzu berechtigterweise als die Zeit der Gewalt bezeichnet hat, ist dies ein Band, das unsere beiden Länder wirklich verbindet.

Anmerkung:

Robert Birley, C. M. G., M. A., F. S. A., D. C. L. (Hon.) Edinburgh, Leeds, geboren am 14. Juli 1903, ist ein Schüler der Public School Rugby. Er studierte am Balliol College Oxford und schlug dann die Laufbahn eines Gymnasiallehrers ein. Von 1935—1947 war er Headmaster der Public School von Charter, seit 1949 steht er dem berühmtesten Internat dieser Art, dem Eton College zu Windsor, vor. Er ist damit eine Art *praeceptor Britanniae*, unter dessen Leitung und Einfluß ein großer Teil der künftigen Führungsschicht der Nation aufwächst. Auch in der heutigen Regierung Macmillan befinden sich wieder mehrere Old Eton Boys.

Robert Birley hat mehrere Jahre in Deutschland verbracht; er war von 1947 bis 1949 Chef des Erziehungs-Departements in der „Control Commission for Germany“. Er hat als überzeugter Humanist gemeinsam mit Ernst Reuter und Otto Suhr tatkräftig bei der Gründung der Technischen Universität Berlin mitgewirkt.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Robert J. Alexander : **Die kommunistische
Durchdringung Lateinamerikas**

Peter Bender : **Die Weltjugendfestspiele
in Helsinki**

Klaus Epstein : **Das Deutschlandbild
der Amerikaner**

Frhr. v. Lansdorf : **Sowjetische Wirtschaftspolitik**

Walter Z. Laqueur : **Rußland mit westlichen Augen**

Egmont Zechlin : **Friedensbestrebungen und
Revolutionierungsversuche
(IV. Teil)**

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST — BONN/RHEIN, KÖNIGSTRASSE 85